

Energie

GREENPEACE

SCHWARZBUCH KOHLEPOLITIK

www.greenpeace.de

Inhalt

- 03 **Vorwort**
- 04 **Einleitung**
- 05 **Methodik**
- 06 **Die SPD und die Kohle**
- 20 **Die CDU und die Kohle**
- 28 **Die Linke, Die Grünen und die FDP in der Kohlefrage**
- 32 **Namensregister**
- 32 **Quellenverzeichnis**

Neue Adresse ab Sommer 2013:

Greenpeace e.V.
Hongkong Straße 10
20457 Hamburg

Impressum Greenpeace e.V., Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0 **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de **V.i.S.d.P.** Gerald Neubauer **Redaktion** Susanne Commerell **Fotos** picture alliance, picture alliance/dpa, picture alliance/dpa/dpaweb, picture alliance/sven simon, picture alliance/Eventpress Mueller-Staufenberg, picture alliance/Gerhard Schnatmeyer, picture alliance/Eibner-Pressfoto, picture alliance/ZB, Bärbel Bas und Stadt Bochum, Presse- und Informationsamt

Vorwort

Kohle ist der Klimakiller Nummer eins. Kein anderer Energieträger belastet das Weltklima mit derart viel Kohlendioxid. Die Erde erwärmt sich, mit katastrophalen Folgen. Giftige Emissionen aus Kohleschlotten wie Schwefeldioxid, Stickoxide, Ruß und Staubemissionen bilden in der Luft Feinstaub. Die kleinsten Teilchen dringen beim Einatmen tief in die Lunge und Blutgefäße ein und können den Organismus schädigen. Atemwegserkrankungen, Herzinfarkte, Lungenkrebs oder Asthmaanfälle sind die Folge. Außerdem ist klar: Wir brauchen den Ausstieg aus der Kohlekraft als Motor für die Energiewende. Nur wenn die alten Kohlekraftwerke schrittweise abgeschaltet werden, können die Erneuerbaren Energien ihr Potenzial entfalten. Jenen unerschöpflichen und umweltfreundlichen Energiequellen gehört die Zukunft, nicht der Kohle.



Trotzdem tut sich die Politik schwer mit einem Kohleausstieg. Warum ist das so? Weil ein halbes Jahrhundert lang die Kohle ein Garant für wirtschaftlichen Aufschwung war. Und weil dieses halbe Jahrhundert Spuren und Seilschaften zurückgelassen hat, auch wenn die Kohle heute nicht mehr zeitgemäß ist.

Der vorliegende Report geht auf die Spurensuche nach diesen Verflechtungen von Politik und Kohleindustrie. Das „Schwarzbuch Kohlepolitik“ nimmt Politiker der fünf großen Parteien unter die Lupe. Es untersucht, welche Protagonisten zwischen politischen Funktionen und Posten in der Energiewirtschaft die Seiten wechseln, wer aus wahltaktischen Gründen für die Stein- und Braunkohleindustrie in die Bresche springt und wer von der Industrie für deren eigene Zwecke instrumentalisiert wird.

Diese Strukturen stehen der Energiewende im Weg. Wir wollen sie aufzeigen.

Gerald Neubauer Energie-Experte Greenpeace Deutschland

Einleitung

Die Verfeuerung von Kohle ist eine der wichtigsten Ursachen für den weltweiten Klimawandel. Obwohl die Kohleverbrennung mit der Freisetzung gesundheitsgefährdender Giftstoffe einhergeht und Umweltschäden ungeheuren Ausmaßes verursacht, halten Politiker und Kohleindustrie verbissen an der Kohlenutzung fest. Kein Wunder, denn unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen lassen sich mit Kohlekraftwerken Milliarden verdienen. Greenpeace ist der Frage nachgegangen, warum die Politik den Schutz von Menschen, Umwelt und Klima vernachlässigt und nichts dafür tut, die Verstromung von Kohle zügig zurückzufahren. Das „Schwarzbuch Kohlepolitik“ liefert eine Antwort: In Deutschland sind Politik und Kohlewirtschaft eng miteinander verfilzt. Viele deutsche Politiker nutzen ihre Verbindungen und Posten in Aufsichtsräten und Beratungsgremien, um den KohleKonzernen hohe Gewinne zu sichern und nicht selten das eigene Einkommen aufzubessern. Das gilt ganz besonders für die SPD, die Kohlepartei schlechthin. Aber auch zahlreiche CDU-Politiker mischen mit im Kampf für die Kohle. Anhand von 45 Portraits deutscher Politiker deckt das „Schwarzbuch Kohlepolitik“ erstmals auf, wie eng Politik und Kohleindustrie miteinander kooperieren.

Da wird zum Beispiel ein ehemaliger Aufsichtsrat bei RWE Rheinbraun Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen – und genehmigt den umstrittenen Braunkohletagebau Garzweiler II. Ein CDU-Präsidiumsmitglied erhält über viele Jahre kostenlosen Strom und ein jährliches Gehalt von 60.000 Euro von RWE – ohne jegliche Gegenleistung. Ein Lobbyist für die unterirdische Verpressung von Kohlendioxid, eine Technik, die bis heute nicht funktioniert, wird Sprecher von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Drei Paradefälle für die engen Beziehungen zwischen Politik und Kohleindustrie – gemeint sind die Politiker Wolfgang Clement, Hermann-Josef Arentz und Michael Donnermeyer.

Trotz Energiewende erfahren die Kohlekonzerne RWE, Vattenfall, E.ON, MIBRAG und RAG hierzulande eine breite politische Unterstützung. Die Herkunft aus einem der Kohleländer Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Saarland reicht bei manchen Politikern offenbar hin, um die Kohlewirtschaft bedingungslos zu unterstützen. Zahlreiche Politiker aus Bund und Ländern setzen sich für den Bau neuer Kohlekraftwerke oder die Eröffnung neuer Braunkohletagebaue ein. Das „Schwarzbuch Kohlepolitik“ nennt 45 deutsche Politiker, die sich für die Kohleindustrie stark machen. Viele dieser Kohlefreunde ließen sich ihr Engagement mit lukrativen Aufsichtsratsmandaten oder einem beruflichen Seitenwechsel vergolden. Andere sind eher Überzeugungstäter – sie setzen sich (zumindest bisher) auch ohne materielle Anreize für das Wohl der Kohleindustrie ein.

Kohleabbau und -verstromung haben in Deutschland eine lange Tradition. Im Ruhrgebiet und im Saarland wurde über mehr als 150 Jahre Steinkohle abgebaut. Mit dem Ende der Subventionszahlungen 2018 wird auch die letzte Zeche schließen. Die Steinkohlekraftwerke laufen dennoch weiter: Sie werden fortan mit Importkohle befeuert. Der Braunkohleabbau im Rheinland, in der Lausitz und im Raum Leipzig soll sogar noch bis zur Mitte des Jahrhunderts weitergehen. Kaum jemand weiß, dass in keinem anderen Land der Welt so viel

klimaschädliche Braunkohle verbrannt wird wie im Energiewendeland Deutschland – 185 Millionen Tonnen waren es 2012.¹

Die Nutzung von Steinkohle und Braunkohle für die Energiegewinnung ist ein soziales und ökologisches Desaster. Das fängt schon mit dem Abbau an: In den Braunkohlerevieren werden Hunderte Quadratkilometer Landschaft im Tagebau umgepflügt, um an den klimaschädlichen Rohstoff zu gelangen. Viele Tausend Menschen müssen ihre Dörfer verlassen, Wälder werden abgeholzt, das Grundwasser verseucht. Bei der Importkohle aus Ländern wie Kolumbien und Russland sind die Begleitumstände meist noch übler. Die Verbrennung im Kohlekraftwerk schließlich setzt große Mengen Schwefeldioxid, Feinstaub und toxische Schwermetalle frei, die Lungenerkrankungen und Krebs verursachen. Hinzu kommt der Ausstoß von Unmengen Kohlendioxid, denn ein Kohlekraftwerk pustet ungefähr dreimal so viel Treibhausgas in die Luft wie ein Gaskraftwerk. Braun- und Steinkohle sind die klimaschädlichsten aller fossilen Energieträger. Sie machen zusammen mehr als 40 Prozent von Deutschlands Kohlendioxid-Emissionen aus.² Die Pläne der Kohleindustrie zur Abscheidung und unterirdischen Verpressung können das Kohlendioxid-Problem nicht lösen. Die CCS-Technologie bringt große Risiken für das Grundwasser mit sich. Zudem ist die Langzeitsicherheit der Lagerstätten nicht nachgewiesen – CCS schafft somit ein neues Endlagerproblem.

Deutschland wird international für seine Erfolge bei der Energiewende bewundert. Seit der Atomkatastrophe in Fukushima herrscht weitgehend Einigkeit, dass die Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umgestellt und die verbliebenen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Doch die Debatte um die Energiewende weist einen blinden Fleck auf: die Kohleverstromung. Dabei ist längst klar: Wer ernsthaften Klimaschutz betreiben will, muss die Kohleverstromung zurückfahren und mittelfristig ganz beenden. Das Greenpeace-Energiekonzept zeigt auf, wie der Kohleausstieg gelingen kann: durch Zubau Erneuerbarer Energien, mehr Energie-Effizienz und flexible Gaskraftwerke als Brückentechnologie.³ Bis zum Jahr 2030 könnte so das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz gehen, 2040 das letzte Steinkohlekraftwerk. Bis zum Jahr 2050 kann die Energieversorgung vollständig auf Erneuerbare Energien umgestellt werden.

Die Umstellung auf Erneuerbare Energien kann nur gelingen, wenn Deutschland nach der Atomenergie auch aus der Kohleverstromung aussteigt. Greenpeace fordert daher ein Kohleausstiegsgesetz, das die Laufzeit bestehender Kohlekraftwerke durch Festlegung von Reststrommengen verbindlich begrenzt.⁴ Neue Kohlekraftwerke oder neue Braunkohletagebaue dürfen nicht mehr genehmigt werden. Andernfalls wäre die Energiepolitik für 40 Jahre oder länger auf den Energieträger Kohle festgelegt. Ohne Kohleausstieg ist die Energiewende also nur eine halbe Energiewende.

1 www.debriv.de

2 <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4432.pdf>

3 http://www.greenpeace.de/themen/energie/nachrichten/artikel/greenpeace_legt_plan_fuer_energie_wende_vor-1/

4 http://www.greenpeace.de/themen/klima/presseerklarungen/artikel/greenpeace_energie_wende_braucht_kohleausstieg/

Methodik

Das „Schwarzbuch Kohlepolitik“ soll aufzeigen, wie stark der klimaschädlichste Energieträger Rückhalt und Unterstützung in Teilen der Politik bekommt. Wie stark ist die Politik mit der Kohlewirtschaft verbunden? Wie bedient sich die Kohlewirtschaft einzelner Politiker für ihre Interessen? Wo verwischen Grenzen zwischen Ämtern in der Politik und Posten in der Wirtschaft? Wer wechselt von der Politik in die Kohleindustrie oder umgekehrt? Diese Fragen waren Ausgangspunkt der Recherche.

Von hervorragendem Interesse waren bei der Recherche die Mandatsträger im Bundestag. Ebenfalls untersucht wurde der politische Apparat in den Ministerien, wie etwa beamtete Staatssekretäre. Weil unter „Kohlewirtschaft“ auch Stadtwerke fallen, ist die Recherche in den Kohleländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und dem Saarland auch auf die Landtagsabgeordneten ausgedehnt worden. In den anderen Bundesländern wurden auch weitere Vorstandsposten der größeren Stadtwerke und Versorger beleuchtet. Außerdem wurden Europaabgeordnete exemplarisch auf eine Verbindung zur Kohleindustrie geprüft.

Von Interesse waren auch die Ämter, die Konzerne an Politiker vergeben, in erster Linie Aufsichtsratsmandate. Ins Visier genommen wurden zudem Ex-Politiker, die in einer Lobbyorganisation, einem Beratungsunternehmen oder einer Werbeagentur maßgeblich Kampagnen oder Lobbyarbeit für die Kohleindustrie verantworten. Ebenfalls Beachtung fanden Parteimitarbeiter wie etwa Pressesprecher, die mit einem breiten Wissen um Strukturen und Persönlichkeiten die Seiten wechselten. Recherchegegenstand waren öffentlich zugängliche oder entgeltpflichtige Datenbanken, Zeitschriftenarchive und Archive von Online-Publikationen.

Herausgekommen sind 45 Portraits von Politikern und Lobbyisten, die ihre Arbeit der Unterstützung der Kohlekraft verschrieben haben. Bei den Portraits sind jeweils das Geburtsjahr, die Parteizugehörigkeit und die entscheidende Funktion in Bezug auf den Kohlelobbyismus vermerkt. Die Politiker wurden außerdem in drei Typen eingeteilt: Als Seitenwechsler gelten Personen, die aus der Kohleindustrie in die Politik gegangen sind – oder umgekehrt nach ihrer politischen Laufbahn zu einem Kohlekonzern wechselten. Doppelspieler sind Politiker, die gleichzeitig ein politisches Mandat innehaben und für die Kohleindustrie tätig sind, zum Beispiel als Aufsichtsrat. Überzeugungstäter schließlich sind Politiker, die sich in besonderem Maße für die Kohle einsetzen, ohne bisher direkt für einen Kohlekonzern gearbeitet zu haben.



Die SPD und die Kohle

In keiner anderen Partei in Deutschland schlägt das Herz für die Kohle höher als in der SPD. Seitenwechsler, Lobbyisten, Kohlefreunde aus tiefster Überzeugung – in der SPD sind sie weit verbreitet. Das Spektrum reicht von eher unbekanntem Regionalpolitikern aus den Braunkohlerevieren in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg bis zu Spitzenpolitikern mit bundesweiter Ausstrahlung. Auch der Drehtür-Effekt, also der direkte Wechsel zwischen politischem Amt und gut bezahltem Posten in der Kohleindustrie, ist in der SPD keine Seltenheit.

Historisch lässt sich das gut nachvollziehen. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen ist die SPD als langjährige Regierungspartei mit der regional stark verankerten Energiewirtschaft auf das Engste verbunden. Viele Politiker stammen aus Familien mit Bergbauvergangenheit und haben die Affinität zur Kohle in die Wiege gelegt bekommen. Viele aber haben nicht nur eine ideelle Verbindung zum dreckigsten aller Energieträger, sondern sind Teil der Konzernspitzen. Unzählige Sozialdemokraten sitzen in den Aufsichtsräten und Beiräten der Kohlekonzerne. Die Nähe der SPD zu den Gewerkschaften zeigt Wirkung: Arbeitnehmervertreter mit Parteibuch gehen zuhauf für die Kohle auf die Barrikaden.

Diese enge und historisch gewachsene Verflechtung spiegelt sich oftmals auch in der politischen Positionierung der Protagonisten. In keiner anderen Partei finden Stein- und Braunkohle so großen Rückhalt. Das führt regelmäßig zu Unmut zwischen den verschiedenen Fachpolitikern. Während die Umweltpolitiker für die Erneuerbaren Energien kämpfen, fechten die Kohlepolitiker für die Beibehaltung des klimaschädlichsten Energieträgers. Ein Ausstieg aus der Kohlenutzung kommt für sie nicht einmal auf lange Sicht in Betracht. Sie feiern neue Kohlekraftwerke als Beitrag zum Klimaschutz. Eine Stromversorgung auf der Basis Erneuerbarer Energien führt in ihren Augen geradewegs in die Deindustrialisierung Deutschlands. Vom Fortschrittsgedanken, den die SPD einst vor sich her trug, ist bei den Kohlefreunden wenig zu sehen.



Georg Wilhelm Adamowitsch

Lobbyist und Chef der Staatskanzlei

Geburtsjahr: 1947
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Chef der Staatskanzlei NRW
 Typ: Seitenwechsler

Der Diplom-Ingenieur Georg Wilhelm Adamowitsch begann seine Karriere als persönlicher Referent des NRW-Umweltministers (1985 bis 1990) und leitete das Büro des Ministerpräsidenten Johannes Rau (1990 bis 1993). Von 1993 bis 1995 war er Leiter der Landesplanungsbehörde im NRW-Umweltministerium.¹

Von dort wechselte Adamowitsch als Lobbyist in die Wirtschaft: Von 1996 bis 1999 fungierte er als „Beauftragter für Bundes- und Europaangelegenheiten“ bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen AG, die später mit RWE fusionierten. 1999 kehrte er in die Politik zurück – ausgerechnet als Staatssekretär für Energie und Verkehr ins NRW-Landeswirtschaftsministerium. Zudem war er Chef der Staatskanzlei von Ministerpräsident Wolfgang Clement. Stolz ist er darauf, das umstrittene Verfahren zum Braunkohletagebau Garzweiler II erfolgreich zum Abschluss gebracht zu haben.²

2002 folgte Adamowitsch Clement nach Berlin ins Bundeswirtschaftsministerium. Er wurde beamteter Staatssekretär und maßgeblicher Energiepolitiker der rot-grünen Koalition. Grüne Gegenspieler wie die energiepolitische Sprecherin Michaela Hustedt beklagten, dass Adamowitsch Informationen, Gesetzestexte oder Verordnungsentwürfe so lange wie möglich zurückhielt. Er galt als Freund der Industrie. „Wir müssen geeignete Entlastungsmechanismen in Kraft setzen, wie z. B. die Erweiterung der Härtefallklausel aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“.³

Nach seinem Ausscheiden 2006 wurde Adamowitsch bei der EU-Kommission „Koordinator“ für die Offshore-Energie und Aufsichtsratsmitglied der Mitteldeutschen Braunkohle AG.⁴ Seit 2011 ist er Waffenlobbyist – Chef des Bundesverbandes der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.⁵



Bärbel Bas

Als Aufsichtsrätin der Stadtwerke Duisburg im Bundestag

Geburtsjahr: 1968
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Bundestagsabgeordnete aus NRW
 Typ: Doppelspielerin

Geboren 1968 in Duisburg-Walsum, trat Bas 1988 der SPD bei. Nach Abschluss des Studiums zur Krankenkassenbetriebswirtin im Jahr 2002 war sie als Stellvertreterin des Vorstandes der Betriebskrankenkasse Energie, Verkehr und Service tätig. Seit 2010 ist Bas Vorsitzende des SPD-Landesparteirats in NRW, seit 2009 Mitglied des Bundestages.

„Moderne Kohlekraftwerke sind auch für die SPD eine Alternative“, sagt Bärbel Bas. Eigentlich ist die SPD-Bundestagsabgeordnete Gesundheitspolitikerin. Weil aber in Krefeld-Uerdingen und in Duisburg-Walsum neue Steinkohlekraftwerke gebaut werden sollen, nahm Bärbel Bas 2010 an einer Diskussion mit dem SPD-Ökologen Hermann Scheer in ihrem Wahlkreis teil. „Heute mit einem Kohlekraftwerk für die nächsten Jahrzehnte zu planen, ist sicher nicht die richtige Lösung“, lehnte Scheer die Pläne ab. Bas dagegen sprach sich für das Kohlekraftwerk aus.⁶

Die Positionierung für neue Kohlekraftwerke überrascht nicht: Bas ist Aufsichtsrätin der Stadtwerke Duisburg. Und die betreiben in Duisburg-Wanheim und Hochfeld gleich drei Kohlekraftwerke. Drei kleinere Heizwerke in Marxloh, Neudorf und Huckingen können im Bedarfsfall dazugeschaltet werden.⁷

Als Aufsichtsrätin hat Bas den Kauf des Kohle Konzerns STEAG mit zu verantworten, der früher unter dem Namen Steinkohlen-Elektrizität AG firmierte.⁸ Der fünftgrößte deutsche Energiekonzern betreibt zwölf Kohle- und Raffinerie-Gaskraftwerke. Ein Verbund von sieben Stadtwerken kaufte 2010 die Mehrheit an der STEAG. Die Stadtwerke Duisburg stellten mit 19 Prozent den größten Anteil.⁹ Die STEAG baut nun in Duisburg-Walsum ein neues Steinkohlekraftwerk, das 2013 in Betrieb genommen werden soll.¹⁰



Werner Bischoff

Vom Gewerkschafter zum Landtagsabgeordneten zum RWE-Aufsichtsrat

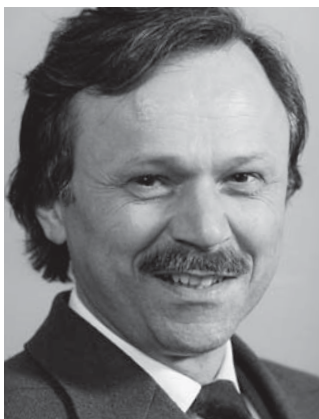
Geburtsjahr: 1947
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Energiepolitischer Sprecher der SPD NRW
 Typ: Seitenwechsler

Der in Gelsenkirchen geborene Metallarbeiter stieg zunächst als Gewerkschafter auf. 1996 wurde er Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Bergbau, Chemie, Energie. In dieser Funktion machte er sich gegen den Klimaschutz und für die Braunkohle stark.

Parallel machte SPD-Mitglied Bischoff Parteikarriere. Von 1976 bis 1999 war er Mitglied des Rates der Stadt Monheim und Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat. Von 1995 bis 2005 war er Landtagsabgeordneter und dort eine Zeitlang energie- und wirtschaftspolitischer Sprecher. Er trug den kohlefreundlichen Regierungskurs mit, etwa als es um die Verhinderung des Gaskraftwerkes in Köln-Hürth ging. NRW verschlief den Ausbau der Erneuerbaren Energien wie kein anderes Bundesland. Gerade einmal 8 Prozent seines Stromverbrauchs deckte NRW 2012 aus Erneuerbaren Energien, im Bundesdurchschnitt waren es knapp 22 Prozent.¹¹

Werner Bischoff ist heute Mitglied in den Aufsichtsräten der RWE Power AG und der RWE Dea AG.¹² RWE Power betreibt im Rheinischen Braunkohlerevier drei Tagebaue und fünf Braunkohlekraftwerke – Europas größtes Kohleabbaugebiet.

Bei RWE verdient Bischoff jährlich zwischen 160.000 und 230.000 Euro.¹³ Und er tut etwas für sein Geld: Den ersten rot-grünen Koalitionsvertrag in NRW (den der Minderheitsregierung) bezeichnete er „als einen Angriff auf die Kohle.“ „Das sieht so aus, als solle NRW zur Versuchswerkstatt für den Aufbau eines Landes ohne fossile Energie werden.“ NRW sei ein Industrieland, dessen Zukunft von der Energiepolitik abhängen. „Der Koalitionsvertrag ist neben seiner Distanz zur Steinkohle insbesondere langfristig ein Angriff auf die Braunkohle“, sagte Bischoff.¹⁴



Hermann Borghorst

Von der SPD direkt zu Vattenfall

Geburtsjahr: 1947
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Chef der Wirtschaftsinitiative Lausitz
 Typ: Seitenwechsler

Hermann Borghorst ist SPD-Mitglied seit 1970. Von 1985 bis 1990 war er Leiter der Abteilung Wirtschaft beim DGB-Landesbezirk Berlin. Dann startete er seine Karriere als Politiker: 1991 ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt, stieg Borghorst 1995 zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden auf.

Doch es folgte nicht die ganz große Karriere im Dienste des Gemeinwohls, die Borghorst prophezeit worden war: Anfang 2001 wechselte der SPD-Politiker ins Management von Vattenfall. Bis 2009 war er Mitglied des Vorstandes, dann ging er in Rente.¹⁵

Nicht aber in den Ruhestand. Borghorst wurde Chef der Wirtschaftsinitiative Lausitz, eines Lobbyverbandes, der fest in der Hand der Lausitzer Braunkohlefreunde ist. Als solcher übt Borghorst scharfe Kritik an den Klima- und Energieszenarien des Landes Brandenburg. „Dort wird unverhohlen die ersatzlose Stilllegung des Kraftwerkes Jänschwalde bis 2030 gefordert.

Der Neubau von Kohlekraftwerken wird nicht für notwendig erachtet und abgelehnt.“

Es erschreckt ihn, dass Brandenburg ohne Kraftwerksneubauten bis ca. 2050 aus der Braunkohle aussteigen würde. „Die Wirtschaftsinitiative Lausitz weist diesen Ausverkauf der brandenburgischen Lausitz scharf zurück. Wir werden uns mit allen politischen Mitteln dagegen zur Wehr setzen. Die Wirtschaftsinitiative Lausitz fordert von der Landesregierung Brandenburg ein klares Bekenntnis zur langfristigen Zukunft der Lausitzer Braunkohleverstromung über 2050 hinaus.“¹⁶



Katrin Budde

Von der Schwermaschinenbauerin zur Kohlefreundin

Geburtsjahr: 1965
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Landesvorsitzende SPD Sachsen-Anhalt
 Typ: Überzeugungstäterin

Katrin Budde begann ihre berufliche Laufbahn im Volkseigenen Betrieb (VEB) Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht“ in Magdeburg. Dort wurde in der damaligen DDR die Ausrüstung für die Tagebaue, etwa die Abraumbagger, hergestellt. Von hier wurde sie zum Studium für Arbeitsgestaltung an die Technische Universität Magdeburg delegiert und machte 1989 ihren Abschluss.¹⁷

Vielleicht liegt es an dieser frühberuflichen Prägung, vielleicht aber auch an ihrem Job als Wirtschaftsministerin von Sachsen-Anhalt in den Jahren 2001 und 2002: Budde ist ganz verrückt nach Kohle. „Braunkohle ist auf lange Sicht zu wertvoll, um sie zu verstromen. Die stoffliche Bedeutung der Braunkohle, die als einheimischer Chemierohstoff zukünftig das zu importierende Erdöl bzw. Erdgas ablösen könnte, wird gerade in Mitteldeutschland mittel- und langfristig enorm zunehmen. Dennoch ist die Braunkohle im Moment ein wich-

tiges Standbein bei der Versorgung mit Strom und Wärme. Sie ist eine Brückentechnologie, die bis zur Etablierung der Erneuerbaren Energien als Primärenergieträger die Versorgungssicherheit gewährleistet.“¹⁸

Also macht die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und SPD-Landesvorsitzende Braunkohlepolitik. Mal besucht sie die MIBRAG und erklärt: „Die Braunkohle hat nach wie vor eine große industrie- und energiepolitische Bedeutung. Und das nicht nur für Sachsen-Anhalt, sondern für die gesamte Bundesrepublik.“¹⁹ Mal trommelt sie auf dem Braunkohlegipfel mit EU-Energiekommissar Oettinger: „Braunkohle ist zurzeit ein wichtiger heimischer Energieträger, auf deren Nutzung zur Energiegewinnung auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden kann. Sie stellt im Energiemix des Landes einen Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien dar.“²⁰



Wolfgang Clement

Von RWE-Rheinbraun ins Wirtschaftsministerium

Geburtsjahr: 1940
 Partei: SPD (1970 bis 2008)
 Entscheidende Funktion: Bundeswirtschaftsminister
 Typ: Seitenwechsler

Der gelernte Jurist und Journalist war schon früh auf der Kohleseite eingebunden: als Aufsichtsratsmitglied bei der RWE-Tochtergesellschaft Rheinbraun (bis 1992). 1990 wurde er Minister, 1995 Landeswirtschaftsminister, 1998 Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Stets setzte er sich für RWE und die Kohle ein.²¹ Als Ministerpräsident genehmigte Clement für RWE den neuen Braunkohletagebau Garzweiler II, gegen starke Widerstände in der Bevölkerung. „Früher dachten wir manchmal, dass Clement mehr aufseiten von RWE als aufseiten der Koalition steht“, erinnert sich die damalige grüne Umweltministerin Bärbel Höhn. „Heute wissen wir es.“²²

2002 wurde Clement Bundeswirtschaftsminister. Er bremste beim Emissionshandel und sorgte dafür, dass RWE und Co. ihre Zertifikate kostenlos zugeteilt bekamen. RWE dankte Clement seinen Einsatz. Nach der Wahlniederlage 2005 vergingen nur wenige Wochen, bis er im Februar 2006 in

den Aufsichtsrat der RWE-Kraftwerkstochter RWE Power gewählt wurde.²³

Nach seinem Ausscheiden aus der Bundespolitik entwickelte sich Clement zum Enfant terrible der SPD. Im Hessen-Wahlkampf sprach er sich gegen seine Parteikollegin Andrea Ypsilanti aus, die die RWE-Atomkraftwerke Biblis A und B abschalten und keine neuen großen Kohlekraftwerke bauen wollte. Nachdem das oberste Schiedsgericht der SPD eine Rüge gegen Clement aussprach, trat dieser beleidigt aus der SPD aus.²⁴

Zurzeit hat Clement den Vorsitz des Kuratoriums bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) inne. Mit dieser fährt Clement eine Kampagne gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz – ganz im Interesse der RWE Power, in deren Aufsichtsrat er weiterhin aktiv ist.²⁵



Michael Donnermeyer

Vom Kohlelobbyisten zu Steinbrücks Pressesprecher

Geburtsjahr: 1960
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Wahlkampfmanager der SPD
 Typ: Seitenwechsler

Michael Donnermeyer ist ein Vollprofi für Politsprech und derzeit darum bemüht, Peer Steinbrück den Weg ins Kanzleramt zu bahnen. Zuvor war er als Lobbyist im Auftrag der großen Energiekonzerne tätig – ein „klassischer Profitlobbyist“, wie der verstorbene SPD-Abgeordnete Hermann Scheer ihn nannte.

Donnermeyer arbeitete von 1989 bis 1997 als Pressesprecher bei verschiedenen Parteiformationen der SPD, dem Landesverband Berlin, der Landtagsfraktion Brandenburg und dem Vorstand der Bundespartei. 1998 für die „Kampa“ Gerhard Schröders engagiert,²⁶ wurde er anschließend Leiter des Referats Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. 2002 bis 2007 war er Pressesprecher des rot-roten Senats in Berlin.

2007 wechselte Donnermeyer als Geschäftsführer zum Informationszentrum klimafreundliches Kohlekraftwerk (IZ Klima).

Diese PR-Organisation rührt die Werbetrommel für die CCS-Technik. Mit der Abscheidung und unterirdischen Lagerung von Kohlendioxid sollten Kohlemeiler zu „sauberen“ Kraftwerken werden. Finanziert wird das IZ Klima von EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall.²⁷

„Einsatz klimafreundlicher Kohlekraftwerke mit Carbon Capture and Storage (CCS)-Technologie dämpft Strompreise und ermöglicht höhere Versorgungssicherheit“, verkündete Donnermeyer 2009 bei der Vorstellung einer von RWE in Auftrag gegebenen Studie.²⁸

„Donnermeyer hat sich in den letzten Jahren vor allem damit beschäftigt, den Energieriesen die Kohle zu retten, und er wollte den Menschen weismachen, dass es gut ist, wenn bei ihnen Giftgas in die Erde gepumpt wird“, kritisierte Linken-Fraktionsvize Ulrich Maurer.²⁹



Garrelt Duin

Ein Wirtschaftsminister sichert der Industrie den Braunkohlestrom

Geburtsjahr: 1968
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: NRW-Wirtschaftsminister
 Typ: Überzeugungstäter

Garrelt Duin trat schon während seiner Schulzeit in die SPD ein. Ab 2000 saß er als Abgeordneter im Europaparlament. 2005 wechselte er in den Bundestag und wurde 2009 wirtschaftspolitischer Sprecher. Von 2005 bis 2010 war er Landesvorsitzender der SPD in Niedersachsen, zudem einer der drei Sprecher des Seeheimer Kreises, dem wirtschaftspolitisch konservativen Flügel der SPD.

NRW-Regierungschefin Hannelore Kraft holte ihn 2012 als Wirtschaftsminister in ihr Kabinett, weil Duin bestens mit Energiewirtschaft und Berliner Politik vernetzt ist. So muss sich Kraft keine Sorgen machen, dass die Bundes-SPD auf einen energiepolitischen Kurs einschwenkt, der ihr nicht passt.

Duin hat sich für die Braunkohle „als wesentlichen Bestandteil für das Gelingen der Energiewende“ ausgesprochen. „Mit seinen Kraftwerken bildet Nordrhein-Westfalen das Rückgrat

der deutschen Versorgungssicherheit“, erklärte der Minister vor der Industrie- und Handelskammer (IHK) NRW.³⁰

Für Duin sind neue Kohlekraftwerke wahre Klimaschützer: „Ich habe mir gerade ein Bild vom Rheinischen Braunkohlerevier gemacht. Wenn dort neue Braunkohlekraftwerke mit optimierter Anlagentechnik, der sogenannten BOA-Technologie, ans Netz gehen, werden alte Anlagen im Gegenzug abgeschaltet. Besonders wenn diese Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden können, sind sie ein wichtiger Beitrag für Klimaschutz und Ressourcenschonung.“³¹

Duin sieht sich als Industriepolitiker: „Die Energiewende darf nicht zur Deindustrialisierung führen“, ist sein Mantra. „Eine verlässliche Energiepolitik garantiert Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen“, schreibt er in dem Buch *Windmühle trifft Wirklichkeit*.³²



Ulrich Freese

Ein Vattenfall-Aufsichtsrat kämpft im Landtag für die Braunkohle

Geburtsjahr: 1951
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Landtagsabgeordneter in Brandenburg
 Typ: Doppelspieler

Ulrich Freese lernte Betriebsschlosser und arbeitete im Bergwerk „Schlägel und Eisen“ im Ruhrgebiet. 1970 wurde er SPD-Mitglied und begann seine Karriere als Gewerkschafter – zunächst im Westen, ab 1990 im Osten Deutschlands. Ein Freund der Kohle mit neuerdings bundespolitischen Ambitionen.

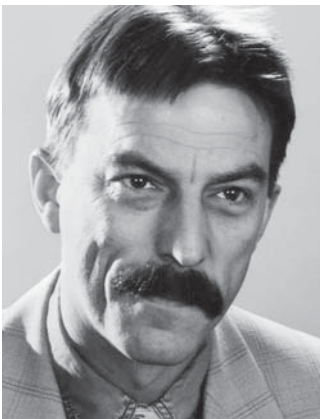
Bis Oktober 1997 war Freese Leiter des Bezirk Lausitz der IG Bergbau und Energie in Cottbus. 1999 wurde Freese in den geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) gewählt, 2004 schließlich zu deren stellvertretendem Vorsitzenden.

Parallel dazu mischte Freese in der Politik mit. Von 1993 bis 2003 war er Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Spree-Neiße, in dem die Braunkohletagebaue liegen. Von 1994 bis 2004 war Freese Abgeordneter im Brandenburger Landtag und hat maßgeblich dafür gesorgt, dass die Brandenburger SPD auf

Braunkohlekurs gebracht wurde.³³ 2013 tritt Freese als Direktkandidat für die SPD zur Bundestagswahl an.³⁴

Einen engen Draht pflegt Freese vor allem zu Vattenfall, dem Schwergewicht der ostdeutschen Kohleindustrie: Er ist heute Mitglied in den Aufsichtsräten der Vattenfall Europe AG³⁵, der Vattenfall Europe Mining AG (stellvertretender Vorsitzender)³⁶ und der Vattenfall Europe Generation AG (stellvertretender Vorsitzender).³⁷

Ulrich Freese kämpft lautstark für die Kohle: „Braunkohlebergbau und Braunkohleverstromung ist für den Industriestandort Deutschland von elementarer Bedeutung. Die Bedeutung der Braunkohle wird mit dem Auslaufen der Kernenergie noch zunehmen. Wir werden neue Tagebaufelder und auch in der Folge neue umweltfreundliche Kraftwerke hier in der Lausitz für den Standort Deutschland brauchen.“³⁸



Norbert Glante

Ein Kohlefan im EU-Parlament

Geburtsjahr: 1952
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Industrienausschuss des EU-Parlaments
 Typ: Überzeugungstäter

„In China werden jährlich rund zwei Milliarden Tonnen Kohle abgebaut. In Brandenburg sind es rund 40 Millionen. Selbst wenn in Brandenburg keine Braunkohle mehr abgebaut und verstromt würde, wäre dies für das Weltklima eine doch eher zu vernachlässigende Größe.“ Mit solch verharmlosenden Aussagen macht Norbert Glante im Europaparlament für die Kohle Politik. Er verkennt dabei, dass Brandenburg lediglich 2,5 Millionen, China aber 1,3 Milliarden Einwohner hat.³⁹

Norbert Glante ist in Werder an der Havel zu Hause. 1989 trat der diplomierte Automatisierungstechniker der SPD bei. 1990 wurde Glante zum Landrat in Potsdam-Mittelmark gewählt, 1994 wechselte er ins Europaparlament. Dort ist er Mitglied im Ausschuss für Industrie und Energie sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Internationaler Handel. In dieser Funktion setzt er sich für das Wohl der Kohlekonzerne

ein: „Wir können nicht gleichzeitig das Atomzeitalter hinter uns lassen und aus der Kohleverstromung aussteigen.“⁴⁰

Der im Kreis Potsdam geborene SPD-Politiker hat sich mittlerweile zum CCS-Lobbyisten entwickelt: „Wir können in Deutschland auf die Kohle nicht verzichten, daher müssen wir für saubere Kohle sorgen. Ich bin überzeugt, dass CCS seinen Beitrag dazu leisten wird.“⁴¹

Wohl als Belohnung für sein Engagement wurde er zum Vizepräsidenten der Europäischen Energiestiftung ernannt, einem Zusammenschluss aller wichtigen europäischen Energiekonzerne. Aus Deutschland sind die Konzerne EnBW, E.ON, RWE, Siemens und Vattenfall mit dabei.⁴²



Martina Gregor-Ness

Eine Umweltpolitikerin in Braunkohlemission

Geburtsjahr: 1959
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Brandenburg
 Typ: Doppelspielerin

Gregor-Ness studierte von 1980 bis 1983 Berg- und Tagebautechnik an der DDR-Kaderschmiede für Bergbau in Senftenberg und war danach als Betriebsingenieurin im Braunkohletagebau Meuro tätig. Ab 1985 trieb sie als Technologin den Tagebau-Neuaufschluss Proschim voran. 1994 in den Landtag gewählt, amtiert sie seit 2004 als umweltpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Zugleich ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und „rechte Hand“ von Ministerpräsident Matthias Platzeck, dessen Kohlekurs sie vehement unterstützt.⁴³

Zu Jahresbeginn 2013 sorgte ein Problem für Schlagzeilen, das Umweltpolitiker normalerweise engagiert aufgreifen: die Brandenburger Spree „verockert“.⁴⁴ Diese Verfärbung des Flusswassers wird durch stillgelegte Tagebaue verursacht. Steigt nach dem Kohleabbau der Grundwasserspiegel wieder an, löst sich Eisenhydroxid, auch Eisenocker genannt, und färbt das

Wasser tiefbraun. Die Wasserqualität sinkt dramatisch, Flusslebewesen leiden massiv.

Für die umweltpolitische Sprecherin Gregor-Ness kein Thema. Sie warnte stattdessen vor Panikmache und appellierte an die Medien, „nicht so viele dramatische Bilder zu produzieren“.⁴⁵ Kein Wunder: Martina Gregor-Ness sitzt im Aufsichtsrat der Vattenfall-Bergbauparte.⁴⁶ Und die lässt sich ungern auf das schmutziggelbe Flusswasser gucken.

Vattenfall plant derweil neue Tagebaue: Der Konzern will südlich von Cottbus weitere 1.900 Hektar abbaggern. Aus der abgebauten Braunkohle würden mehr als 200 Millionen Tonnen Treibhausgase freigesetzt, mehr als 800 Menschen aus dem Ort Proschim und Umgebung müssten umgesiedelt werden.⁴⁷ Für Martina Gregor-Ness scheint das normal: „Ich kann mir die Lausitz nicht ohne Kohle vorstellen“, erklärt sie.⁴⁸



Rolf Hempelmann

Ein energiepolitischer Sprecher, der Kraftwerksbauer berät

Geburtsjahr: 1948
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Energiepolitischer Sprecher der SPD
 Typ: Doppelspieler

Der frühere Lehrer und Oberstudiendirektor ist seit 1994 Mitglied des Bundestages. Als energiepolitischer Sprecher der Fraktion ist er maßgeblich an der Formulierung der Energiepolitik seiner Partei beteiligt.⁴⁹ Nicht nur dort wirbt er unablässig für die Zukunft der Kohle und den Neubau konventioneller Kraftwerke.

„Wir müssen uns im Klaren sein, dass wir über kurz oder lang auf den fossilen Energieträger Kohle nicht verzichten können, um unter anderem Versorgungssicherheit zu gewährleisten“, sagte er noch 2011 im Bundestag.⁵⁰ Damit sich die Kohleverstromung auch rentiert, setzte sich Hempelmann schon 2005 für die passenden gesetzlichen Voraussetzungen ein: „Wir haben gerade beim Emissionshandel Rahmenbedingungen gesetzt, die dafür sorgen, dass es weiterhin Braunkohlekraftwerke in Deutschland geben wird.“⁵¹

Hempelmanns Wahlkreis liegt in Essen. Dort steht RWE nicht nur für den größten Arbeitgeber, sondern auch für den örtlichen Fußballverein Rot-Weiß Essen. Dessen Präsident war Hempelmann von 1998 bis 2008.⁵² Hauptsponsoren in seiner Amtszeit waren die Kohlekonzerne RWE, STEAG und Evonik – vermutlich mit bestem Draht zu Hempelmann und umgekehrt.

Seit Mai 2005 sitzt Rolf Hempelmann im Beirat der Hitachi Power Europe GmbH (HPE). Das Unternehmen baut sowohl Komponenten für fossil befeuerte Kraftwerke als auch komplett schlüsselfertige Anlagen. „An der Erneuerung der deutschen und europäischen Kraftwerksflotte wird die HPE erheblich mitwirken“, teilt das Unternehmen auf seiner Internetseite mit.⁵³ Hempelmann rührt dafür die Werbetrommel: „Wir werden aber über einen längeren Zeitraum Kohle- und Gaskraftwerke brauchen“. Dafür müssten moderne Kraftwerke gebaut und „alte Möhren“ abgeschaltet werden.⁵⁴



Ralf Holzschuher

Ein Fraktionsvorsitzender wirbt für den Kohlekurs

Geburtsjahr:	1963
Partei:	SPD
entscheidende Funktion:	Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg
Typ:	Überzeugungstäter

Der studierte Rechtsanwalt trat 1993 in die Brandenburger SPD ein und machte dort schnell Karriere. 2004 errang er ein Landtagsmandat und wurde 2010 schließlich Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.⁵⁵ Holzschuher bekennt sich zur Nutzung der Lausitzer Braunkohle.

Holzschuhers Aufgabe ist es, die SPD-Fraktion auf den Kurs des Ministerpräsidenten Platzeck einzuschwören. Unter seiner Federführung entstand das Brandenburger Konzept „Industriepolitik 4.0“, das die SPD im Januar 2013 beschloss. „Für uns ist die Nutzung der heimischen Braunkohle von besonderer, auch industriepolitischer Bedeutung. Die Verstromung der heimischen Braunkohle sichert wettbewerbsfähige Energiepreise“, heißt es darin.⁵⁶

Auf der Pressekonferenz mit Parteichef Sigmar Gabriel, Ministerpräsident Matthias Platzeck und dem Gewerkschafter

Ulrich Freese zur Vorstellung des Konzepts erklärte Holzschuher: „Mit unserem Eckpunktepapier zur Industriepolitik haben wir uns zu neuen Infrastrukturprojekten bekannt, und dazu gehören auch Kohlekraftwerke mit wenig oder keinem Ausstoß von CO₂.“ Selbst wenn die unterirdische Lagerung von Kohlendioxid (CO₂) aus der Kohleverbrennung derzeit auch in Brandenburg kein Thema sei, werde die Technik weiter erforscht.⁵⁷

Holzschuher wirbt offensiv für den Kohlekurs seiner Sozialdemokraten. Ein neues Braunkohlekraftwerk sei für die SPD „eine Option“. Seine Partei stehe zu Deutschland, zu Brandenburg als Industriestandort. „Industrie macht auch Lärm und Dreck, das ist unvermeidbar.“⁵⁸



Bodo Hombach

Strippenzieher aus dem Ruhrgebiet

Geburtsjahr:	1952
Partei:	SPD
Entscheidende Funktion:	Chef des Bundeskanzleramtes
Typ:	Doppelspieler

Initiativkreis Ruhr nennt sich ein Zusammenschluss von 68 führenden Wirtschaftsunternehmen mit zusammen rund 2,25 Millionen Beschäftigten.⁵⁹ Bei einem Treffen im Februar 2011 beklagten die Industriekapitäne die Wirtschaftsferne der Regierung Kraft und beschlossen, einen Emissär in die Staatskanzlei zu schicken: Bodo Hombach, aktueller „Moderator“ des Initiativkreises. Dessen Botschaft: „Die energieintensiven Industrien sind auf die Solidarität der Politik angewiesen.“

Der Besuch des Strippenziehers bei Hannelore Kraft zeigte Wirkung. Ein halbes Jahr später erklärte Hombach: „Frau Kraft beginnt die Wirtschaftspolitik zu entdecken – und das ist auch gut so.“ Seitdem führt Kraft häufiger vertrauliche Gespräche mit Großunternehmern.⁶⁰

1990 zog Hombach als Abgeordneter in den Landtag ein. Von 1991 bis 1998 war er zugleich Geschäftsführer der Preussag Handel GmbH und der Preussag (Salzgitter) International GmbH,

von 1988 bis 1998 Mitglied des Aufsichtsrates der Ruhrkohle Bergbau AG. 1998 wurde er Wirtschaftsminister in NRW.⁶¹

„Kanzlerflüsterer“ nannte die FAZ den späteren Wahlkampfmanager und Berater Schröders. Als Chef des Bundeskanzleramtes erarbeitete Hombach das Konzept der Neuen Mitte gegen die Sozialpolitik Oskar Lafontaines. Auch das später als Schröder-Blair-Papier bekannt gewordene zentrale Thesenpapier *Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten* stammt aus seiner Feder.^{62 63}

Seit 2002 war Hombach Geschäftsführer der WAZ-Zeitungsgruppe. Zuletzt wettete sein Initiativkreis Ruhr im März 2013 gegen „eine regionale Mehrfachregulierung von CO₂-Emissionen durch ein nordrhein-westfälisches Klimaschutzgesetz.“ Die Unternehmen plädieren zudem für eine „ergebnisoffene Prüfung der Schiefergasgewinnung in Nordrhein-Westfalen“ und den Neubau von Kohlekraftwerken.⁶⁴



Rainer Knauber

Ein Parteisprecher wird zum Vattenfall-Sprachrohr

Geburtsjahr: 1968
 Partei: SPD
 Ebene: Verhinderter Landesminister im Saarland
 Typ: Seitenwechsler

Rainer Knauber hatte eine glänzende politische Karriere vor sich. Knauber war zunächst Pressesprecher der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag und später Regierungssprecher in der dortigen Staatskanzlei. 1999 wechselte er mit Reinhard Klimmt auf die Bundesebene: Knauber wurde Sprecher des Bundesministers Klimmt für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Als Klimmt im Jahr 2000 über eine Finanzaffäre stolperte, stürzte Knauber mit ihm. Und wechselte daraufhin die Seiten: 2001 heuerte er bei den Vereinigten Energiewerke AG als Leiter der Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit an.

Das Unternehmen, hervorgegangen aus der volkseigenen Energiewirtschaft der DDR, stand zum Verkauf. Knauber begleitete diesen Verkauf, wurde dann 2002 Leiter der Unternehmenskommunikation von Vattenfall und schließlich Generalbevoll-

mächtigter von Vattenfall Europe für Berlin und die neuen Bundesländer – Cheflobbyist und Stichwortgeber.⁶⁵

Bei all dem hielt Knauber seine Kontakte in die SPD und machte weiterhin Politik – wenn auch im Hintergrund, wie das Jahr 2009 zeigt: Heiko Maas, Landeschef der Saar-SPD, nominierte Knauber für das SPD-Schattenkabinett als saarländischen Wirtschaftsminister.⁶⁶ Maas hatte bei dessen Vorstellung hervorgehoben, dass Vattenfall der größte Windkraftbetreiber in Europa und Ausbilder in Ostdeutschland sei sowie als Unternehmen massiv Kohlendioxid einspare und überdies noch als Investor im Bereich Forschung aktiv sei. Die Wahl ging kläglich verloren.⁶⁷

Anfang 2013 wechselte Knauber als Sprecher zur GASAG, einer Vattenfall-, E.ON-Ruhrgas- und GDF-Suez-Tochter.⁶⁸



Hannelore Kraft

Die Ministerpräsidentin für die große Kohle

Geburtsjahr: 1961
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Ministerpräsidentin NRW
 Typ: Überzeugungstäterin

Unter ihren Amtsvorgängern Wolfgang Clement und Peer Steinbrück hatte die Ökonomin Hannelore Kraft verschiedene Ministerämter inne. 2007 wurde sie Landesvorsitzende der SPD, 2010 Ministerpräsidentin in NRW. Außerdem ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD.⁶⁹ Sie hat nie einen Hehl daraus gemacht, wie sie es mit der Kohle hält.

Wie keine Zweite macht sie Politik für die Kohle: „Mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung gibt es weder eine Deindustrialisierung noch einen übereilten Ausstieg aus der Kohle.“⁷⁰

Nordrhein-Westfalen ist das Kohleland Nr. 1 in Deutschland. Rund 70 Prozent des Stroms werden dort aus der klimaschädlichen Braun- und Steinkohle gewonnen (bundesweit: 43 Prozent). Das Rheinische Braunkohlerevier ist Europas größtes Kohleabbaugebiet. Und während bundesweit rund 25 Prozent

des Stroms aus Erneuerbaren Energien stammen, sind es in Nordrhein-Westfalen nur 8 Prozent.

Anstatt die Kohleverstromung zugunsten der Erneuerbaren zurückzufahren, unterstützt die SPD unter Hannelore Kraft den Neubau zahlreicher Kohlekraftwerke. Hannelore Kraft ist der Meinung: „Kohle ist Zukunft – und nicht Vergangenheit.“⁷¹ Acht neue Kohlekraftwerke sind in NRW in Bau oder Planung, so viele wie in keinem anderen Bundesland.

Im August 2012 feierte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit RWE die Inbetriebnahme zweier neuer Braunkohleblöcke im Kraftwerk Neurath. Mit 16 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr gehören diese zu Deutschlands größten Klimakillern. Und: RWE plant mit Unterstützung der SPD schon ein weiteres Braunkohlekraftwerk am Standort Niederaußem. Sollte dieses Kraftwerk um das Jahr 2020 ans Netz gehen, blockiert es für Jahrzehnte den Ausbau Erneuerbarer Energien.



Edgar Moron

Oppositionschef im Landtag und nebenbei Spitzenverdiener

Geburtsjahr: 1941
Partei: SPD
Entscheidende Funktion: Fraktionsvorsitzender SPD NRW
Typ: Doppelspieler

Edgar Moron trat der SPD 1970 bei. Neben jahrelanger Mitgliedschaft im Stadtrat Erftstadt (1975–2000) und im Kreistag Erftkreis (1989–2004) saß Moron von 1990 bis 2010 im Landtag von NRW. Dort bekleidete er unter anderem das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers und des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, außerdem war er Vizepräsident des Landtags.⁷²

Der Vorgänger von Hannelore Kraft als der Fraktionsvorsitzenden hat stets und wortgewaltig für die Kohle an Rhein und Ruhr getrommelt. „Es war goldrichtig, auf die heimische Braunkohle zu setzen und den Aufschluss des neuen Tagebaus Garzweiler II aus energiepolitischen Gründen auch politisch durchzusetzen.“⁷³

Diese Positionierung ist verständlich, wenn man weiß, dass Moron nicht nur von 2000 bis 2005 Oppositionschef und danach bis 2010 Vizepräsident des Landtages war. Im Neben-

job amtierte er als Aufsichtsrat bei RWE Power und stellvertretender Vorsitzender des Regionalbeirats Nordrhein-Westfalen der Ruhrkohle AG (RAG).⁷⁴

Von der RAG kassierte er 22.900 Euro – für zwei Sitzungen à zwei Stunden.⁷⁵ Sein Kommentar zu diesem saftigen Nebenverdienst: „Ich bin nicht gegen Nebeneinkünfte für Politiker.“ Dies verschaffe ihnen Unabhängigkeit von der Partei. „Allerdings sollte das Geld auch verdient sein.“⁷⁶

Der in Beuthen geborene Diplom-Politologe hat derzeit kein wichtiges Parteiamt mehr inne.



Hans-Peter Müller

Vom RAG-Mitarbeiter zum Landtagsabgeordneten

Geburtsjahr: 1955
Partei: SPD
Entscheidende Funktion: Landtagsabgeordneter NRW
Typ: Seitenwechsler

Hans-Peter Müller gehört der SPD seit 1987 an. Ab 1994 war er Ortsvereinsvorsitzender der SPD Datteln-Süd sowie Mitglied im SPD-Stadtverbandsvorstand Datteln. Seit 1994 ist er Mitglied im Rat der Stadt Datteln und seit 2009 Mitglied im Kreistag Recklinghausen. Bei der Landtagswahl 2012 gewann er seinen Wahlkreis und ist seitdem Abgeordneter im Landesparlament in Düsseldorf.⁷⁷

Ebenfalls seit 2012 ist Müller Mitglied der SPD-Fraktion im Regionalverband Ruhr, dem Planungsgremium für das E.ON-Kraftwerk Datteln 4. Das praktisch fertiggestellte Kraftwerk Datteln 4 gilt aufgrund schwerwiegender Planungsfehler als Deutschlands bekanntester Schwarzbau. Doch mit Unterstützung der SPD will die regionale Planungsbehörde das Kraftwerk nachträglich legalisieren. Müller hat jahrelang die SPD-Fraktion im Stadtrat geleitet und sie auf Kraftwerkskurs

gehalten. Zuletzt war er an einer Unterschriftenaktion zugunsten des Kraftwerkes Datteln 4 beteiligt.^{78 79}

Der gelernte Kfz-Elektriker war seit 1982 Elektriker bei der Deutschen Steinkohle, später bei der RAG. Dort ist er seit 2002 freigestelltes RAG-Betriebsratsmitglied. Ebenfalls seit 1982 ist Müller Mitglied der Gewerkschaft IG BCE sowie seit 2012 Vorsitzender der IG BCE-Ortsgruppe Datteln II.



Werner Müller

Vom Energiemanager zum Regierungsmitglied und zurück

Geburtsjahr:	1946
Partei:	Parteilos (SPD-nah)
Entscheidende Funktion:	Bundeswirtschaftsminister für die SPD
Typ:	Seitenwechsler

Werner Müller, geboren 1946 in Essen, machte Karriere als Energiemanager. Von 1973 bis 1980 stieg er bei RWE zum Referatsleiter Marktforschung auf, wechselte 1980 als Leiter des Energiestabs zum VEBA-Konzern und wurde dort schließlich Vorstand für Energiekauf, Energieverkauf, Fernwärme und Entsorgungswirtschaft.⁸⁰

1998 machte Bundeskanzler Schröder den Parteilosen zum Wirtschaftsminister. In seiner Amtszeit verhandelte Müller den Atomausstieg mit der Wirtschaft, die Einführung des EU-weiten Emissionshandels sowie die rot-grüne Klimapolitik. In die Schlagzeilen geriet Müller mit der sogenannten Ministererlaubnis: Das Bundeskartellamt hatte E.ON verboten, den Ruhrgas-Konzern zu übernehmen. Müller entschied, dass ein nationales Interesse an dem Deal vorliege und ließ ihn von seinem Staatssekretär Alfred Tacke genehmigen.⁸¹ Nach seinem Ausscheiden aus der Politik wurde Müller 2003 Vorstandsvorsitzender

beim Steinkohleförderer Ruhrkohle AG und baute den Konzern grundlegend um. Teile der RAG (Chemie, Energie und Immobilien) wurden im September 2006 in die RAG Beteiligungs AG, später Evonik, ausgegliedert. Am 31.12.2008 schied Werner Müller aus dem Vorstand der RAG aus.

Seit Dezember 2012 ist er Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung und soll den Ausstieg aus der Steinkohleförderung organisieren. Darüber hinaus ist Müller Aufsichtsratsvorsitzender der Evonik Industries AG, der RAG Aktiengesellschaft sowie der RAG Deutsche Steinkohle AG. Dort hat er engen Kontakt zu anderen SPD-Politikern, etwa zu den Gewerkschaftern Hubertus Schmoldt und Michael Vassiliadis, zu SPD-Fraktionsvize Joachim Poß, zu Norbert Walter-Borjans, dem nordrhein-westfälischen Finanzminister, sowie zu den CDU-Politikern Klaus Meiser, Bundestagspräsident Norbert Lammert oder Lothar Hegemann.^{82 83 84}



Matthias Platzeck

Vom Umweltschützer zum Braunkohlefan

Geburtsjahr:	1955
Partei:	SPD
Entscheidende Funktion:	Ministerpräsident Brandenburg
Typ:	Überzeugungstäter

Matthias Platzeck war 1988 Gründungsmitglied der Potsdamer Bürgerinitiative Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung (ARGUS), die sich gegen die Braunkohlepolitik der DDR stark machte. 1990 saß Platzeck für die Grüne Partei der DDR einige Monate als „Minister ohne Geschäftsbereich“ in der Regierung Modrow. 1995 trat er schließlich der SPD bei und wurde 2002 Ministerpräsident von Brandenburg.⁸⁵ Seitdem wirbt er für die Braunkohle.

Unter Platzeck hat sich in der Brandenburger SPD die Meinung verbreitet, dass das Land trotz Klimawandel und Energiepreise langfristig an der Braunkohleverstromung festhalten könne. Platzeck selbst ist dafür Stichwortgeber: „Wir brauchen die Braunkohle noch eine ganze Weile als Brückentechnologie“, erklärt er gebetsmühlenartig. Mit „Weile“ meint er mehrere Jahrzehnte.⁸⁶

„Wir sollten die Rolle der Kohle noch einmal neu überdenken“, sagte Platzeck nach dem Atomausstieg im Bundesrat. Sie sei preiswert und könne eine sichere Stromversorgung bis zum ausreichenden Ausbau des Ökostroms garantieren.⁸⁷

Die Klimaauswirkungen der Braunkohle spielt er dabei herunter: „Ob wir in Brandenburg unsere beiden Kraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe schließen, hat auf das Weltklima ungefähr so viel Auswirkungen, als ob in China ein Sack Reis umfällt.“⁸⁸

Platzeck hat sich mit den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammengeschlossen, um bei der Bundesregierung gemeinsam für die Braunkohle zu werben. Es stelle sich die Frage, welche Energieformen die bisher der Atomkraft „zugeordnete Rolle als zentraler Grundlastträger bei der Neuausrichtung der Energiepolitik“ übernehmen sollen. Für Platzeck ist die Antwort klar: die Braunkohle.⁸⁹



Joachim Poß

Kohlelobbyist und Steinmeiers Stellvertreter

Geburtsjahr: 1948
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Stv. SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag
 Typ: Doppelspieler

Joachim Poß stammt aus Westerholt in Westfalen. Seit 1980 zog er immer wieder für den Wahlkreis Gelsenkirchen in den Bundestag ein, wo er sich als Finanzpolitiker einen Namen machte und zum stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden aufstieg.

Nebenbei ist Poß seit vielen Jahren Aufsichtsrat der RAG Deutsche Steinkohle AG.⁹⁰ Der „schwarzen“ Tochter der RAG gehören alle Zechen in Deutschland. Poß setzt sich offen für den Steinkohlebergbau ein. Die Forderung des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU), die Steinkohlesubventionen schon 2014 auslaufen zu lassen, kritisierte er als „flachbrüstigen Populismus“ und Verletzung der Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen.⁹¹

In seinem Wahlkreistelegamm zum Jahreswechsel versprach Poß für 2013 einen „Masterplan“, mit dem die SPD die Energiewende retten werde: „Kosten, die niemanden überfor-

dern, d. h. sozialverträgliche Preisentwicklung für Privathaushalte und Unternehmer“.⁹²



Norbert Römer

Ein Fraktionsvorsitzender in Aufsichtsräten der Kohlebranche

Geburtsjahr: 1947
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: SPD-Fraktionsvorsitzender in NRW
 Typ: Doppelspieler

Norbert Römer stammt aus einer Bergarbeiterfamilie.⁹³ 1968 trat der Journalist in die SPD ein, wurde 1974 Berufsgewerkschafter bei der IG BCE und stemmte sich dort bis 2006 gegen Klimaschutz und Kohleausstieg. Der heutige Fraktionschef im Landtag von NRW ist der Kohle vielfach verbunden.⁹⁴

Römer ist stellvertretender Aufsichtsratschef des Schweriner Energiekonzerns Wemag. Der liefert seinen Geschäftskunden besonders dreckigen Strom: Der Mix besteht zu über 75 Prozent aus Kohlestrom und hat nur einen Anteil von knapp 1,7 Prozent aus erneuerbaren Quellen.⁹⁵ In gleicher Funktion ist Römer auch bei der RÜTGERS Group in Castrop-Rauxel tätig. Das mittelständische Unternehmen mit 1.000 Mitarbeitern bezeichnet sich als „Europas führenden Hersteller von Chemierohstoffen aus Steinkohlenteer“, einem Nebenprodukt der Steinkohleverbrennung.⁹⁶

Darüber hinaus ist Römer Vorsitzender des Regionalbeirates der Ruhrkohle AG. Das Gremium „berät bei der Bewältigung

von Problemen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Geschäftstätigkeit der RAG auf die Regionen“, heißt es in der Selbstdarstellung. 2010 kam der Beirat in Verruf, weil der Vorsitzende 30.000 Euro für zwei Sitzungen im Jahr kassierte.⁹⁷

Bereits wenige Wochen nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima nutzte Römer die Gunst der Stunde und sprach sich für eine Beibehaltung der Steinkohlesubventionierung aus.⁹⁸

Im Mai 2012 erwog die SPD, den Neubau von Braunkohlekraftwerken speziell mit Steuermitteln zu fördern. „Wir brauchen eine gesicherte Energieversorgung, bis genügend regenerativer Strom zur Verfügung steht“, so Römer. Dafür habe man schließlich die einheimische Braunkohle.⁹⁹



Hubertus Schmoldt

Gewerkschaftsboss, E.ON-Aufsichtsrat, Regierungsberater

Geburtsjahr: 1945
Partei: SPD
Entscheidende Funktion: Vorsitzender der IG BCE
Typ: Überzeugungstäter

Schmoldt, SPD-Mitglied seit 1966, wurde 1997 zum Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) gewählt. Zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung galt er als „Liebling des Kanzlers“ Gerhard Schröder. Einen besonders engen Draht pflegte Schmoldt zum damaligen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).^{100 101}

Zusätzlich zu seiner Tätigkeit als Chef der IG BCE war Schmoldt stellvertretender Aufsichtsratschef der E.ON AG sowie der RAG AG, RAG Coal International AG und der BP AG. 2007 sollen sich seine Bezüge aus diesen Nebentätigkeiten auf 438.187 Euro summiert haben. Hubertus Schmoldt schwor seine Gewerkschaft auf Kohlepositionen ein: „Die heimischen Energieträger Steinkohle und Braunkohle müssen als bedeutende Sicherheitsfaktoren erhalten bleiben und einen wesentlichen Anteil der Stromerzeugung abdecken.“

Als die EU-Kommission 2006 bekannt gab, Deutschland für die Emissionshandelsperiode von 2008 bis 2012 jährlich nur 453 Millionen Tonnen Kohlendioxid genehmigen zu wollen, bezeichnete Schmoldt die Klimapolitik der EU-Kommission als „Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für die Energiewirtschaft“.¹⁰² Er warnte „vor dem Ende der Braunkohleverstromung in Deutschland“ und forderte einen „brennstoffspezifischen Braunkohle-Benchmark“.¹⁰³ „Ich fordere die SPD-Fraktion auf, bei ihren Beratungen (...) dafür zu sorgen, dass die Braunkohle faire Rahmenbedingungen bekommt.“¹⁰⁴ 2007 wetterte Schmoldt gegen das Ziel, die deutschen Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent zu reduzieren. Man dürfe nicht durch eine „einsame Vorreiterrolle“ Deutschlands die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gefährden.¹⁰⁵

Nach 12-jähriger Amtszeit stellte sich Hubertus Schmoldt zum 4. Gewerkschaftskongress im Oktober 2009 nicht mehr zur Wiederwahl.



Alfred Tacke

Vom Staatssekretär zum Chef des Kohlekonzerns STEAG

Geburtsjahr: 1951
Partei: SPD
Entscheidende Funktion: Kohlekraftwerkserbauer
Typ: Seitenwechsler

Der Niedersachse Alfred Tacke war einer der wichtigsten Berater von Ex-Kanzler Gerhard Schröder. 1990 holte ihn der damalige Ministerpräsident in die niedersächsische Staatskanzlei. 1998 wurde Tacke unter Bundeskanzler Schröder beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.^{106 107} Tacke galt als Pragmatiker und guter Kenner der Energiebranche.

2002 erteilte Tacke in Vertretung von Wirtschaftsminister Werner Müller die Genehmigung für die Übernahme der Ruhrgas AG durch E.ON. Zuvor hatten sowohl das Bundeskartellamt als auch die Monopolkommission die Fusionspläne abgelehnt.¹⁰⁸ Nur eine sogenannte Ministererlaubnis¹⁰⁹ konnte das Votum der Wettbewerbshüter außer Kraft setzen. Wirtschaftsminister Werner Müller, der früher beim E.ON-Vorläufer VEBA beschäftigt war, übertrug die Entscheidung an seinen (weisungsgebundenen) Staatssekretär Alfred Tacke.¹¹⁰

Ende 2004 wechselte Alfred Tacke an die Spitze der STEAG, einer Tochter der RAG, die von Juni 2003 bis Dezember 2008 von seinem Ex-Chef Müller geleitet wurde. 2006 bis Ende 2008 war Tacke darüber hinaus Mitglied des Vorstands der RAG Beteiligungs-AG (ab 2007 Evonik Industries AG).

2006 kündigte Tacke den Bau neuer Kohlekraftwerke in Duisburg-Walsum und Herne an.¹¹¹ Begründung: „Mit dem Block Walsum 10 werden wir unserer Verantwortung in puncto Versorgungssicherheit und Klimaschutz gerecht“. Mit Walsum 10 werde zum ersten Mal seit elf Jahren wieder ein neues Steinkohlekraftwerk in Deutschland errichtet.^{112 113}

2006 drohte er Kanzlerin Merkel mit milliardenschweren Investitionsverlagerungen nach Asien und Lateinamerika, falls sie den EU-Klimaschutzplänen beim Emissionshandel zustimme.¹¹⁴ Auf Merkels Betreiben wurden die Pläne stark abgeschwächt.



Michael Vassiliadis

Ein Gewerkschafter für Kohle und gegen Erneuerbare

Geburtsjahr: 1964
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Vorsitzender der Gewerkschaft IG BCE
 Typ: Überzeugungstäter

SPD-Mitglied Vassiliadis begann seine steile Gewerkschafterkarriere 1986: Vom Sekretär der IG Chemie-Papier-Keramik stieg er über den Posten des Vorstandssekretärs der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) 2004 zum Vorstandsmitglied und 2009 schließlich zum Vorsitzenden der IG BCE auf.¹¹⁵

Zu Politik und Wirtschaft pflegt Vassiliadis beste Beziehungen. Er berät NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in Sachen Energie- und Industriepolitik.¹¹⁶ Kanzlerin Angela Merkel (CDU) berief ihn zum Mitglied der „Ethikkommission für sichere Energieversorgung“.¹¹⁷ Zudem sitzt er in den Aufsichtsräten des Bergbaukonzerns K+S AG sowie bei den Chemiekonzernen Henkel, BASF und Evonik.^{118 119 120 121}

Im Dienste der Chemieindustrie fordert er niedrigere Strompreise und hält es für unfair, die chemische Industrie in den Emissionshandel einzubeziehen. Dazu verweist er auf die ener-

gieintensive Fertigung von Dämmstoffen, deren Einsatz andererseits zur erheblichen Reduktion des Ausstoßes von Kohlendioxid führe. „Große Teile der chemischen Industrie haben eine insgesamt positive CO₂-Bilanz.“¹²²

Energiepolitisch setzt Vassiliades auf Kohlekraft und beklagt die „fast religiöse“ Fixierung auf regenerative Energien: „Ein Industrieland wie Deutschland mit hundert Prozent regenerativer Energie zu versorgen – das ist ein Vorhaben, das ich mit der Mondlandung vergleichen würde.“ Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weist seiner Ansicht nach „die zunehmende Tendenz einer Fehlsteuerung“ auf. „Wir brauchen jetzt neue Instrumente, die effektiver sind und Innovationen anschieben, ohne die Verbraucher weiter zu belasten“, sagte er im Dezember 2012. „Wir brauchen neue Kohlekraftwerke, um ältere stilllegen zu können.“^{123 124}



Gerhard Widder

Mannheimer Oberbürgermeister baut Kohlekraftwerk

Geburtsjahr: 1940
 Partei: SPD
 Entscheidende Funktion: Oberbürgermeister in Mannheim
 Typ: Überzeugungstäter

Der studierte Berufsschullehrer war von 1983 bis 2007 Oberbürgermeister von Mannheim. Während seiner Amtszeit hat der Sozialdemokrat viele Großprojekte angestoßen und umgesetzt, darunter u. a. den Bau des neuen Kohlekraftwerks Mannheim Block 9. Heute ist Gerhard Widder Aufsichtsratsvorsitzender der MVV Energie¹²⁵ sowie Aufsichtsratsvorsitzender des Großkraftwerks Mannheim.¹²⁶

Der von Oberbürgermeister Widder mit auf den Weg gebrachte neue Block 9 des Großkraftwerks (GKM) ist seit 2009 in Bau, wird allerdings aufgrund von Verzögerungen beim Bau des Kessels und der Rauchgasreinigungsanlage nicht wie geplant Ende 2013 in Betrieb gehen.¹²⁷

„Energiepolitik ist Stadtentwicklungspolitik“, betonte Gerhard Widder, der parallel zu seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) war. In dieser Funktion machte Widder Bundespolitik

und opponierte mächtig gegen die Pläne zum EU-Emissionshandel. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte Widder, den Brüsseler Plänen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und mehr kostenlose Zertifikate herauszuschlagen. Insgesamt 15 Unterschriften trug der Brief, darunter die von BDI-Präsident Jürgen Thumann, die der Vorstandsvorsitzenden der Energiekonzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall und die von STEAG-Chef Alfred Tacke.¹²⁸

In Berlin demonstrierte Widder mit Tausenden Ver.di-Mitgliedern gegen „unfaire Auflagen“ beim Emissionshandel.¹²⁹ Die Lobbyisten hatten Erfolg: Der Markt ist mit Zertifikaten so überschwemmt, dass die Tonne Kohlendioxid Anfang 2013 nur noch 3 Euro kostete. Widder war zufrieden: „Für die 160 Stadtwerke und ihre knapp 400 vom Emissionshandel erfassten Anlagen sind akzeptable Rahmenbedingungen erlassen worden.“¹³⁰



Die CDU und die Kohle

Auch in der CDU sind die Interessen der Kohleindustrie exzellent vertreten. Dies gilt vor allem für Landespolitiker in Nordrhein-Westfalen, aber auch im Bund und in den CDU-regierten Kohleländern Sachsen und Saarland. Die Mechanismen sind ähnlich wie bei der SPD: CDU-Politiker sitzen ebenso in den Aufsichtsräten und Beiräten der Kohlekonzerne. Auch einige von ihnen wählten die vergoldete Drehtür von der Politik in die Industrie. Und dennoch sind es nicht nur quantitativ deutlich weniger Politiker als bei der SPD. Es ist der Habitus, der sie von den Kohlefans der SPD unterscheidet. Gehört die Kohle für viele Genossen bis heute zur Partei-Identität (die Hymne der Bergarbeiter „Glückauf, der Steiger kommt!“ wird bis heute bei jedem SPD-Parteitag abgesungen), haben CDU-Politiker ein eher pragmatisches Verhältnis zur Kohle. Für sie ist die Kohleindustrie ein Industriezweig wie jeder andere, und die engen Verflechtungen zur Kohlewirtschaft ähneln denen zu anderen Industriezweigen wie der Automobil- oder Chemieindustrie.

Zudem galt die Liebe vieler Energiepolitiker in der CDU bis in die jüngste Vergangenheit hinein eher der Atomkraft. So mancher sah in der Kohle vor allem den altmodischen Energieträger der sozialdemokratischen Konkurrenz. Seit 2011 aber, seit der gesellschaftliche Druck auch die CDU zum Atomausstieg gezwungen hat, findet in der CDU eine kleine Renaissance der Kohle statt. Wenn die ungeliebten Erneuerbaren Energien und die Dezentralisierung der Energiewirtschaft schon nicht mit der Atomkraft aufgehalten werden können, muss man umso stärker an der Kohle festhalten, so lautet wohl die Überlegung. CDU-Politiker kämpfen an vorderster Front für neue Kohlekraftwerke. Klimawandel? Kohleausstieg? Nie gehört.



Hermann-Josef Arentz

Ein Spitzenpolitiker, bezahlt von RWE

Geburtsjahr: 1953
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: CDU-Präsidium
 Typ: Altes Eisen

Arentz, 1953 in Köln geboren, war seit Mai 1980 Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag, von 2000 bis 2004 CDU-Präsidiumsmitglied und von 2001 bis 2004 Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).¹³¹

Für seine Abgeordnetentätigkeit erhielt Arentz eine monatliche Vergütung von 4.800 Euro plus einer steuerfreien Kostenpauschale von 1.200 Euro.¹³² Das reichte ihm offenbar nicht. Ende 2004 wurde bekannt, dass Arentz zusätzlich ein Jahresgehalt von 60.000 Euro sowie kostenfreie Stromlieferungen von RWE bezog, ohne dafür eine vertraglich festgelegte Gegenleistung erbringen zu müssen. Arentz selbst beschrieb seine Leistung gegenüber RWE so: „Ich stehe dem Unternehmen aber jederzeit zur Verfügung, wenn ich gebraucht werde.“¹³³

Arentz war zu diesem Zeitpunkt seit zwölf Jahren bei Rheinbraun angestellt, einer Tochter des in Nordrhein-Westfalen fast allmächtigen RWE-Konzerns, die später von der RWE Power

AG übernommen wurde. Kritiker warfen dem CDU-Spitzenpolitiker vor, über interne Vorlagen, Informationen und Kontakte zu verfügen, die er RWE zur Verfügung stelle. Betroffen von dieser sogenannten RWE-Affaire war auch der bis heute im Bundestag sitzende CDU-Abgeordnete Laurenz Meyer. Im Dezember 2004 trat Arentz als Bundesvorsitzender der CDA zurück und kandidierte 2005 nicht mehr für den nordrhein-westfälischen Landtag.

Seit 2005 ist Hermann-Josef Arentz als Unternehmensberater tätig.



Gregor Golland

Multifunktionär und RWE-Angestellter

Geburtsjahr: 1974
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Landtagsabgeordneter NRW
 Typ: Doppelspieler

Gregor Golland ist ein viel beschäftigter Mann. Der in Brühl geborene Landtagsabgeordnete ist nicht nur CDU-Multifunktionär, Aufsichtsratsmitglied und Gesellschafter, sondern auch noch kaufmännischer Angestellter bei RWE. Und nicht irgendein beliebiger, sondern Golland ist der Leiter der „Einkaufsabteilung Rohstoffe“ des RWE-Konzerns.¹³⁴

Praktischerweise macht er in der Landtagsfraktion der CDU Energiepolitik und amtiert sowohl im Energieausschuss als auch im Klimateam als stellvertretendes Mitglied. „Die NRW-CDU will aus Sicht des Industrielandes Nordrhein-Westfalen den Themen Zukunft von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskompetenz auch in der Bundespartei ein stärkeres Gewicht geben“, sagt er.

Er ist der Auffassung, dass Deutschland zur Energiewende heimische Braunkohle brauche. „Nicht nur viele Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt von der Braunkohle ab. Auch für

den Grundlaststrom wird die Kohle noch viele Jahre unverzichtbar sein. Dieser Position hat sich jüngst die gesamte CDU-Landtagsfraktion auf ihrer Klausurtagung in Aachen (...) angeschlossen“, so Golland im September 2011.¹³⁵

Neben Erneuerbaren Energien gelte es, „unbedingt auch weiterhin die Braunkohle zu fördern“. RWE unterstreiche seine Verlässlichkeit für die Region und setze zudem auf Umweltfreundlichkeit, erklärte Golland laut Rhein-Erft Rundschau.¹³⁶

RWE jedenfalls freut sich über das politische Engagement seiner Mitarbeiter. Dabei werde Wert auf eine saubere Trennung zwischen unternehmerischen und politischen Interessen sowie auf größtmögliche Transparenz gelegt. „Wir achten den Wunsch unseres Mitarbeiters Gregor Golland und erkennen seinen Rechtsanspruch auf eine Teilzeitbeschäftigung an.“¹³⁷



Lothar Gräfinholt

CDU-Fraktionsvorsitzender und RWE-PR-Texter

Geburtsjahr: 1953
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Fraktionschef in Bochum
 Typ: Doppelspieler

Anfang der 1990er-Jahre arbeitete der Kohlekonzern RWE daran, den Braunkohletagebau Garzweiler südlich von Mönchengladbach auszudehnen und neue Kohlekraftwerke wie die in Neurath oder Hamm auf den Weg zu bringen. 1994 gründete RWE zu diesem Zweck eine konzerneigene PR-Tochter. Die Infrakom AG werde „den Kommunen in noch stärkerem Maße als bisher Dienstleistungen der Konzerngesellschaften anbieten“, erklärte RWE.¹³⁸

Lothar Gräfinholt, CDU-Fraktionschef in Bochum, wurde zusammen mit Mönchengladbachs Oberstadtdirektor Jochen Semmler (ebenfalls CDU) von RWE in die Geschäftsführung berufen. Der Gesellschaftsvertrag von Infrakom legte für beide als Aufgaben fest: „der Auf- und Ausbau von Kontakten zu Trägern der öffentlichen Hand; das Angebot der Dienstleistungen (...) des RWE-Konzerns an die Träger der öffentlichen Hand.“¹³⁹ Infrakom stellte im Jahr 2000 beispielsweise eine

Studie zur „Unternehmensfreundlichkeit deutscher Großstädte“ vor. Auf dem letzten Platz rangierte das SPD-regierte Bochum. Als Ansprechpartner für die Presse fungierte Gräfinholt, designierter CDU-Kandidat für die Bochumer Bürgermeisterwahlen 2004. Die Region Bochum gilt als ein möglicher RWE-Kraftwerksstandort.¹⁴⁰

2004 legte RWE seine Tochter Infrakom offiziell still. Gräfinholt war schon zuvor ausgestiegen, um OB-Kandidat werden zu können, unterlag jedoch seiner Gegenkandidatin von der SPD. Kommunalpolitiker Gräfinholt saß eine Weile dem Umweltausschuss vor. In diese Zeit fielen die Entscheidungen für eine RWE-Investition: In Hamm baut RWE seit dem Jahr 2008 ein neues Kohlekraftwerk. Die Stadtwerke Bochum beteiligten sich an dem 2 Milliarden Euro teuren Projekt.¹⁴¹



Reiner Haseloff

Vom Umweltforscher zum Braunkohlefreund

Geburtsjahr: 1954
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Ministerpräsident Sachsen-Anhalt
 Typ: Überzeugungstäter

Reiner Haseloff kennt sich aus. Der promovierte Physiker war seit 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltschutz in Wittenberg – und hatte dort die verheerenden Auswirkungen des Braunkohleabbaus im Mitteldeutschen Braunkohlerevier als Daten auf dem Tisch.

Erstaunlich ist deshalb, wieso Haseloff als Ministerpräsident zwanzig Jahre später das Hohelied der Braunkohle singt: „Zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung mit Energie ist die heimische Braunkohle mindestens bis Mitte dieses Jahrhunderts unverzichtbar.“¹⁴²

Gemeinsam mit seinem sächsischen Amtskollegen Stanislaw Tillich (CDU) sowie Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) lud er EU-Energiekommissar Günther Oettinger Ende Februar 2013 zu einem Braunkohlegipfel nach Leuna ein. Anlässlich des Treffens wurde der Rohstoff für unverzichtbar erklärt: „Damit nach dem Atomausstieg die

Energiewende bis 2050 gelingt, ist es wichtig, Braunkohle als Brückentechnologie für die Stromversorgung zu nutzen.“¹⁴³

„Die Versorgungsengpässe, die es in diesem Winter bei der Gasversorgung gab, zeigen, wie wertvoll unsere heimische Braunkohle ist. Sie ist schließlich ausreichend vorhanden und kostengünstig, denn Strom muss auch künftig bezahlbar sein, für die Industrie wie auch den Hartz-IV-Empfänger“, so Haseloff.¹⁴⁴

Natürlich beließ es Haseloff nicht bei Symbolpolitik: „Wir können nicht gleichzeitig aus der Nutzung der Kernenergie und der Braunkohle aussteigen“, sagte er im Bundesrat.¹⁴⁵ Die Forderung aus NRW, dass der Anteil regenerativer Energien bis 2020 statt der vom Bund angepeilten 35 Prozent bei 40 Prozent liegen soll, lehnte Sachsen-Anhalt im Bundesrat ab.



Lothar Hegemann

CDU-Strippenzieher für Datteln und Garzweiler

Geburtsjahr: 1947
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Landtagsabgeordneter NRW
 Typ: Doppelspieler

Der gelernte Chemielaborant und selbstständige Versicherungskaufmann Lothar Hegemann stammt aus Recklinghausen und ist seit 1980 mit kurzen Unterbrechungen Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag. Seit 1999 vertritt er seine Partei auch im Recklinghausener Kreistag. Darüber hinaus ist er in weiteren Parteigremien tätig, beispielsweise als Mitglied des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen.¹⁴⁶

Hegemann ist Mitglied des Aufsichtsrates bei der Ruhrkohle AG, der heutigen RAG. Außerdem ist er Aufsichtsrat der AGR Unternehmensgruppe, die in Herten ein Abfallkraftwerk betreibt.¹⁴⁷

Eine Zeitlang war der umtriebige Politiker Vorsitzender des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung und hat dort entscheidend an der Tagebauplanung, etwa zu Garzweiler, mitgewirkt.¹⁴⁸

Hegemann ist seit 2004 auch Mitglied des Regionalverbandes Ruhr, jener Planungsbehörde, die das Steinkohlekraftwerk Datteln 4 genehmigen soll.¹⁴⁹ Hegemann macht sich für den Bau des E.ON-Kraftwerkes stark.¹⁵⁰



Ulrich Klinkert

Merkels Staatssekretär wird Vattenfall-Lobbyist

Geburtsjahr: 1955
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Parlamentarischer Staatssekretär BMU
 Typ: Seitenwechsler

Ulrich Klinkert stammt aus der DDR und ist mit der Braunkohle groß geworden. Der Kohleingenieur war bis 1990 in der Lausitzer Braunkohle beschäftigt, im Tagebau Bärwalde. In die CDU trat er 1985 ein und wurde so noch als „Blockflöte“ Abgeordneter der letzten Volkskammer der DDR. Von 1990 bis 2002 war Klinkert Bundestagsabgeordneter der CDU und zwischen 1994 und 1998 unter Bundesumweltministerin Angela Merkel Parlamentarischer Staatssekretär im BMU.¹⁵¹

2003 wechselte Ulrich Klinkert zum Vattenfall-Konzern und übernahm die Abteilung Umweltschutz/Genehmigungen bei der Konzern-Tochter Mining & Generation. Seit Dezember 2005 hat Klinkert bei der Vattenfall-Holding in Berlin die Stelle des Leiters der Abteilung Public Affairs inne – ein purer Lobbyist.

Er führt Abgeordnete des Bundestages und des Europaparlaments durch die Vattenfall-Kraftwerke und diskutiert mit den schwedischen Grünen, die den Staatskonzern gerne aus der

Kohle aussteigen lassen wollen. „Wir haben den Besuchern [den schwedischen Grünen] erläutert, wie Vattenfall in Kooperation mit den Menschen in der Lausitz Braunkohle fördert. Zudem haben wir gezeigt, wie wir die Braunkohlenutzung durch CO₂-Abscheidung und -Speicherung künftig klimafreundlich machen wollen. Wir haben großes Interesse an einem offenen und konstruktiven Dialog und stehen für eine Fortsetzung jederzeit zur Verfügung“, resümierte Ulrich Klinkert die Inhalte des Gesprächs.¹⁵²

Ulrich Klinkert ist Vorsitzender des Förderverein Lausitzer Findlingspark Nochten.¹⁵³



Alexander Krauß

Vattenfall-Aufsichtsrat im Kampf gegen Solarenergie in Sachsen

Geburtsjahr: 1975
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Landtagsabgeordneter in Sachsen
 Typ: Doppelspieler

„So schön wie Solarzellen und Windräder sind – wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, würden bei uns alle Lichter ausgehen.“ Wer dies verkenne, sei wirklichkeitsfremd, meint Alexander Krauß, CDU-Landtagsabgeordneter und Chef der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Sachsen.¹⁵⁴

Der Erschließung neuer Tagebaue steht er positiv gegenüber und fordert für sie eine Planungssicherheit über mindestens 40 Jahre. Solch Poltern hat dem Landtagsabgeordneten den Vorwurf eingebracht, sein Mandat für den Kohlekonzern Vattenfall zu missbrauchen. Krauß sitzt nämlich im Aufsichtsrat der Tagebautochter Vattenfall Europe Mining AG und erhält dafür jährlich 7.200 Euro.

„Ich habe schon immer die Braunkohle als Energiereource favorisiert. Daraus habe ich nie einen Hehl gemacht“, verteidigt sich Krauß und erklärt, sein Aufsichtsrats Honorar zu spenden.

Er will ein Ende der Solarenergie in Sachsen: Solaranlagen seien angesichts der wenigen Sonnenstunden in Sachsen zu teuer.¹⁵⁵

Krauß: „Die CDA unterstützt den Bau des neuen Kohlekraftwerkes der Mibrag in Profen.“

Krauß ist Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Als studierter Kommunikationsfachmann lässt er keine Gelegenheit aus, für die Braunkohle zu werben: Der Klimaschutz sei ein Jobkiller und schade dem Energiestandort Mitteldeutschland erheblich. Den Appell der evangelischen Synode an den Freistaat, aus der Braunkohleverstromung auszusteigen, kritisiert Krauß offen: „Zu glauben, man könne in kurzer Zeit auf fossile Energieträger verzichten, ist eine Illusion“. Sonnenstrom sei viel zu teuer.¹⁵⁶

Vielleicht als kleines Dankeschön schaltet Vattenfall Anzeigen im Magazin der Jungen Union Sachsen – ganzseitig.¹⁵⁷



Johannes F. Lambertz

Chef von RWE Power im CDU-Wirtschaftsrat

Geburtsjahr: 1949
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Vorsitzender für Energie im CDU-Wirtschaftsrat
 Typ: Überzeugungstäter

Johannes F. Lambertz war von 2008 bis 2012 als Vorstandsvorsitzender bei der RWE Power AG für die Braunkohlekraftwerke und -tagebaue des Unternehmens zuständig.¹⁵⁸ Im Januar 2013 wechselte er ins Amt des Konzernbeauftragten für energie- und wirtschaftspolitische Fragen nach Brüssel. Dort will er den Politikern vermitteln, wie Energietechnik funktioniert – ein klassischer Lobbyistenjob.

Lambertz begann seine Karriere mit einer Maschinenschlosserlehre und einem Studium der Verfahrenstechnik und des Maschinenbaus. 1981 begann er bei der Rheinbraun AG (Tochter der RWE AG) und avancierte 2003 zum Vorstandsmitglied der RWE Power AG.¹⁵⁹

Mit dem Vorstandsvorsitz übernahm Lambertz 2008 zugleich den Vorsitz der Bundesfachkommission Energiepolitik im CDU-Wirtschaftsrat. Dort trommelte er gegen die Erneuerbaren Energien und den Einspeisevorrang nach dem EEG. Die

Direktvermarktung solle schrittweise vorangetrieben werden: „Anlagen sollen nicht mehr über die EEG-Umlage finanziert werden, sondern über den an den Strombörsen erzielbaren Preis.“¹⁶⁰

Als Vorstandsvorsitzender des größten deutschen Braunkohleförderers war Johannes F. Lambertz zugleich Chef des Bundesverbands Braunkohle (Debriv). Der „Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein“ wurde vor 125 Jahren in Halle/Saale gegründet.¹⁶¹ Der Debriv ist die wichtigste Lobbyorganisation der Braunkohlebranche. Zu den Mitgliedern zählen neben RWE Power auch Vattenfall Europe Mining und Mibrag.¹⁶²

Für Lambertz geht die Energiewende „nur mit konventionellen Kraftwerksprojekten“. „Flexibilität, Effizienz und Innovation sind die zentralen Stichworte, wie RWE Power die Braunkohle zukunftsfähig macht“, erklärte er beim IHK-Forum „Energie und Rohstoffe: Braunkohle“ im Oktober 2012.¹⁶³



Klaus Meiser

Ein Exminister und Kohlefan

Geburtsjahr: 1954
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: CDU-Fraktionsvorsitzender im Saarland
 Typ: Doppelspieler

Der studierte Jurist und Rechtsanwalt begann seine politische Karriere 1982 als Referent im Wirtschaftsministerium in Saarbrücken. 1986 wurde Meiser Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion. 1998 geriet er in die Schlagzeilen, weil er als Bürgermeister seines Heimatortes Quierschied auf Einladung eines privaten Entsorgungsunternehmens zur Fußballweltmeisterschaft nach Paris geflogen war. Zwischen der Firma und dem kommunalen Entsorgungsverband bestand eine Geschäftsbeziehung.

Nach dem Wahlsieg der CDU wurde Meiser 1999 Innenminister im Saarland. Nachdem er erneut unter Korruptionsverdacht geraten war, trat er 2000 zurück. 2007 wurde er nach einer Kabinettsumbildung zum zweiten Mal Innenminister. Seit der verlorenen Wahl von 2009 amtiert Meiser als Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Darüber hinaus sitzt er im Aufsichtsrat der Deutsche Steinkohle AG (DSK), im Beirat des Bergbauspezialisten Becker Mining System und im Aufsichtsrat bei der Industriekultur Saar (IKS), die es sich zu Aufgabe gemacht hat, das Kohleerbe zu transportieren.¹⁶⁴

Meiser macht keinen Hehl daraus, dass er Kohlefan ist. „Der saarländische Kraftwerkspark muss erhalten bleiben“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende.¹⁶⁵ „Es ist zwar richtig, dass wir gemeinsam anstreben, dass regenerative Energien bis zum Jahre 2020 zwanzig Prozent der Energieversorgung sicherstellen. Die Brücke auf dem Weg dorthin sind u. a. unsere Kohlekraftwerke in Ensdorf, Bexbach, Fenne und Weiher.“¹⁶⁶

Klaus Meiser fordert, dass die Energiewende nicht zulasten der saarländischen Industrie und Kraftwirtschaft gehen dürfe. Die Kraftwerke „werden weiter zum Vorhalten von Regenergie benötigt“.¹⁶⁷



Hildegard Müller

Merkels Vertraute als Cheflobbyistin

Geburtsjahr: 1967
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Enge Mitarbeiterin der Bundeskanzlerin
 Typ: Seitenwechslerin

Der größte Coup in jüngerer Geschichte gelang der deutschen Kohlewirtschaft 2008. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW warb Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine ihrer engsten Vertrauten ab: Hildegard Müller. Die hatte im Range einer Staatsministerin im Kanzleramt für Merkel die Fäden zum Bundesrat und den Ländern in der Hand und war Stellvertreterin von Kanzleramtsminister Thomas de Maizière.¹⁶⁸

Müller war 1998 die erste weibliche Bundesvorsitzende der Jungen Union. 2000 wurde sie Mitglied des CDU-Präsidiums, 2002 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Bis 2008 war sie Mitglied des CDU-Bundesvorstandes.¹⁶⁹

Wie wertvoll der Wechsel an die Lobby Spitze der deutschen Kohlewirtschaft sein sollte, zeigte sich im August 2010. Im Energiekonzept der Bundesregierung war eine Steuer auf den Brennstoff Kohle vorgesehen. Müller nutzte – nach Recherchen

des Handelsblattes – ihren kurzen Draht zu Merkel und griff zum Telefon, um mit einem Anruf im Kanzleramt das Thema aus der Welt zu schaffen. Mit Erfolg.¹⁷⁰

„Mich treibt die Sorge um, dass in der Energiewende marktwirtschaftliche Prinzipien immer stärker an den Rand gedrängt werden“, so das Credo der omnipräsenten Kohlelobbyistin. Die Erneuerbaren seien zu teuer.¹⁷¹

Aktuell nutzt sie die Debatte um eine EEG-Reform: „Die Energiewirtschaft teilt die wesentlichen Kritikpunkte am aktuellen EEG, die vom Bundesumweltminister angesprochen wurden. Es gibt bei der Förderung der Erneuerbaren Energien derzeit vermeidbare Mehrkosten und zunehmend energie-wirtschaftliche Probleme.“¹⁷²

Den verstaubten Alt-Herren-Verein VDEW hat sie mittlerweile zum modernen Lobbyverband BDEW umgebaut. Zum Lohn verlängerte der BDEW 2012 ihren Vertrag.¹⁷³



Günther Oettinger

Ein Stuttgarter Bahnhofsbauer als EU-Energiekommissar

Geburtsjahr: 1953
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: EU-Energiekommissar
 Typ: Überzeugungstäter

Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg ist lernresistent. Als EU-Energiekommissar fordert er, die Energiewende in Deutschland stärker auf fossile Energien auszurichten. „Die entscheidende Frage ist, ob sich Deutschland in den nächsten Jahren der Bedeutung von Kohle bewusst wird“. Die Kohleverstromung, die bisher mit 45 Prozent im deutschen Energiemix enthalten sei, werde „viel länger eine wichtige Rolle spielen müssen, als mancher akzeptieren will“.¹⁷⁴

Mit „sauberer“ Kohle meint Oettinger die großtechnische Erprobung von CCS und stellte Milliarden Förder-Euro zur Erforschung der Carbon Capture and Storage-Technologie zur Verfügung. Denn wenn in Deutschland im Zuge des Atomausstiegs verstärkt auf Kohle im Energiemix gesetzt werde, „dann bekommt die Speicherung von Kohlendioxid eine noch größere Notwendigkeit“, sagte der EU-Kommissar.¹⁷⁵

Im Januar 2011 schlug Oettinger eine Fusion der beiden

Energiekonzerne E.ON und RWE vor, weil die beiden größten europäischen Energiekonzerne im weltweiten Vergleich „nur Regionalliga“ seien. Deutschland benötige einen „nationalen Player von entsprechender Größe“.¹⁷⁶ Lieber zentral statt dezentral – so denkt der 1953 in Stuttgart geborene Jurist und Steuerberater. Und weil Strom in Deutschland ohnehin schon heute zu teuer sei, „kann ich der deutschen Energiepolitik nur zu einer Geschwindigkeitsbegrenzung beim Ausbau der Erneuerbaren raten.“¹⁷⁷

Im Herbst 2012 stellte Oettinger ein Konzept vor, mit dem er den Strommarkt „europäisieren“ will. Bislang gilt für den Ökostrom eine Ausnahme vom Verbot der staatlichen Beihilfen. Das aber will Oettinger offenbar auf den Prüfstand stellen und in der EU-Kommission allgemeine Vorschläge für die nationalen Fördersysteme machen. Eine solche Angleichung würde das deutsche EEG massiv unter Druck setzen.¹⁷⁸



Joachim Pfeiffer

Energiepolitischer Koordinator als Beirat im Atom- und Kraftwerkskonzern

Geburtsjahr: 1967
 Partei: CDU
 Entscheidende Funktion: Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU
 Typ: Doppelspieler

Schon zu Schülerzeiten war Joachim Pfeiffer als Mitglied der Jungen Union eng mit der CDU verbunden. Seit 2002 sitzt er im Bundestag, wo er seit 2005 als energiepolitischer Koordinator und seit 2009 als wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion agiert.¹⁷⁹

Darüber hinaus war er langjähriges Mitglied im Beirat der Hitachi Power Europe GmbH, einem Lobbygremium des japanischen Atom- und Kraftwerkkonzerns Hitachi. Im Bundestag setzte sich Hitachi-Beirat Pfeiffer vehement gegen einen Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie ein.¹⁸⁰

Hitachi baut aber nicht nur Atommeiler, sondern auch fossile Kraftwerke wie in Wilhelmshaven, in Datteln, Duisburg-Walsum oder Hamburg-Moorburg.¹⁸¹ Anfang 2004 bezeichnete Pfeiffer im Bundestag die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Kyoto-Protokoll als „Katastrophe für die Industrie in Deutschland“. „Die Folge ist eine einseitige Belastung der deutschen

Wirtschaft. (...) Sie betreiben damit eine gezielte Deindustrialisierung Deutschlands.“¹⁸²

Im Sommer 2012 nannte er die Pläne der Europäischen Kommission zur Reparatur des Emissionshandels einen „Generalangriff auf den Industriestandort Deutschland“.¹⁸³

Ganz im Sinne von Hitachi plädiert Pfeiffer für die Kohlekraft und für die CCS-Technologie zur Abscheidung und unterirdischen Verpressung von Treibhausgasen. E.ON Kraftwerke und Hitachi Power Europe arbeiten bei der Erforschung zur CO₂-Abscheidung eng zusammen.¹⁸⁴

Anfang 2013 trat Pfeiffer von seinen Beiratspflichten bei Hitachi zurück. Bis heute aber ist er noch Mitglied im Aufsichtsrat der Kofler Energies Power AG, Bochum, die 1999 unter der Bezeichnung Rhein-Ruhr Energie als Stromversorger vom Aral-Konzern gegründet worden war.¹⁸⁵



Jochen Semmler

Mönchengladbachs Oberstadtdirektor macht PR für RWE

Partei:
Entscheidende Funktion:
Typ:

CDU
Oberstadtdirektor in Mönchengladbach
Doppelspieler

Anfang der 90er-Jahre arbeitete der Kohlekonzern RWE daran, den Braunkohletagebau Garzweiler südlich von Mönchengladbach auszudehnen und neue Kohlekraftwerke wie die in Neurath oder Hamm auf den Weg zu bringen. 1994 gründete RWE zu diesem Zweck eine konzernerneigene PR-Tochter. Die Infrakom AG werde „den Kommunen in noch stärkerem Maße als bisher Dienstleistungen der Konzerngesellschaften anbieten“, erklärte RWE.¹⁸⁶

Jochen Semmler, Oberstadtdirektor in Mönchengladbach, wurde von RWE zusammen mit dem Bochumer CDU-Fraktionschef Lothar Gräfinholt in die Geschäftsführung berufen. Garzweiler II sollte direkt bis an die südliche Stadtgrenze von Mönchengladbach reichen. Der Gesellschaftsvertrag von Infrakom legte für beide Geschäftsführer als Aufgaben fest: „der Auf- und Ausbau von Kontakten zu Trägern der öffentlichen

Hand; das Angebot der Dienstleistungen (...) des RWE-Konzerns an die Träger der öffentlichen Hand.“¹⁸⁷

2004 legte RWE seine Tochter Infrakom offiziell still, nachdem kostenlose Stromlieferungen und Gehaltsfortzahlungen an ehemalige Mitarbeiter mit Abgeordnetenmandat bekannt geworden waren. Ein Jahr später reagierte der Konzern mit einem neuen „Verhaltenskodex“, um weitere Skandale zu vermeiden. Demnach darf RWE keine Mitarbeiter mehr beschäftigen, die hauptberuflich öffentliche Ämter ausüben oder politische Mandate innehaben.¹⁸⁸



Stanislaw Tillich

Verantwortlich für die Umsiedelung sorbischer Dörfer

Geburtsjahr:
Partei:
Entscheidende Funktion:
Typ:

1959
CDU
Ministerpräsident Sachsen
Überzeugungstäter

Stanislaw Tillich entstammt einer sorbischen Familie in Sachsen. In der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR kümmerte er sich um die Belange ethnischer Minderheiten wie der Sorben. 2008 wurde Tillich Ministerpräsident in Sachsen. Seitdem macht er mobil gegen die Sorben, speziell gegen ihre Siedlungsgebiete in der Lausitz. Denn diese sind von neuen Tagebauen bedroht.¹⁸⁹

„Ohne eine verlässliche Grundlast und die kostengünstige einheimische Braunkohle kann die Energiewende nicht gelingen.“ Die geht für Sachsens Ministerpräsidenten ohnehin viel zu schnell: Erneuerbare Energien dürften nicht planlos ans Netz gehen, „sondern im Schrittempo“. Tillich möchte von der Bundesregierung ein Bekenntnis zum „heimischen Energieträger“:¹⁹⁰ „Wir wären das einzige Land weltweit, das einen Rohstoff hat und nicht nutzt.“¹⁹¹

Tillich hat die geplante Erweiterung des ostsächsischen Tagebaus Nochten verteidigt. Der Ministerpräsident räumte ein, dass die Umsiedlung eine „enorme Belastung für die Menschen“ bedeute, die den eigenen Hof, ein Grundstück oder ein Stück Familiengeschichte aufgeben müssten. Einen großen Arbeitgeber in der Region zu haben, der weiter Braunkohle fördern wolle, sei eine Chance für die Bürger. „Sachsen steht zur Braunkohle“, sagte Tillich.¹⁹²

Zur Kompensation des Atomausstiegs solle mehr Braunkohle gefördert werden, rät Stanislaw Tillich. In einer Regierungserklärung sagte er Ende 2011: „Noch sind die Erneuerbaren Energien nicht grundlastfähig. Die Koalition aus CDU und FDP sieht deshalb in unserer sächsischen Braunkohle den natürlichen Partner der Erneuerbaren Energien – die Braunkohle-Verstromung als Brückentechnologie in eine Zukunft, in der Sachsen weiter Energieland sein wird.“¹⁹³




Die Linke, Die Grünen und die FDP in der Kohlefrage

Die Linke ist eigentlich keine Kohlepartei – in ihrem Wahlprogramm ist sogar ein Ausstieg aus der Braunkohle festgeschrieben. Vor Ort in den ostdeutschen Braunkohlegebieten aber scheint das nicht angekommen zu sein. Statt den Parteikurs mitzutragen, wird dort von einigen Politikern die Braunkohle für unverzichtbar erklärt. Aber auch im Saarland wollen einzelne Linken-Politiker trotz Parteiprogramm die Kohle nicht missen – und plädieren energisch für einen Weiterbetrieb des Kohlebergbaus.

Bei den **Grünen** erwarten wohl die Wenigsten einen kohlefreundlichen Kurs. Aber selbst in dieser Partei finden sich einige wenige Protagonisten, die vom parteilichen Grundkonsens abweichen. So finden sich durchaus einzelne Grüne in den Aufsichtsräten von Energiekonzernen, die die Braunkohle etwa vor dem Emissionshandel schützen wollen. Grüne Politiker sehen Kohlekraftwerke mitunter als Cash-Cows, die das Geld für das Engagement bei Erneuerbaren Energien verdienen sollen. Die Partei goutiert diese Ausreißer nicht – zumeist hagelt es herbe Kritik für die kohlefreundlichen Positionen.

Die **FDP** gilt gemeinhin als Partei der Wirtschaft und der Großkonzerne. In der Kohlepolitik halten sich die Liberalen aber erstaunlich zurück. Echte Kohlefreunde sind kaum zu finden. Eher schlägt sich der liberale Duktus in der Abwehrhaltung gegen zu viel Umweltschutz nieder. Der Emissionshandel erscheint aus FDP-Sicht als eine wirtschaftspolitische Bevormundung, und die Debatte um den Klimawandel wird als „hysterisch“ abgetan. Bei solchen Aussagen wird die Kohleindustrie sicher nicht widersprechen.



Ralf Christoffers

Ein Linker kämpft für neue Braunkohletagebaue

Geburtsjahr: 1956
 Partei: Die Linke
 Entscheidende Funktion: Wirtschaftsminister Brandenburg
 Typ: Überzeugungstäter

Der geborene Rostocker studierte an der Parteihochschule der SED. Seit 1994 war Christoffers Landtagsabgeordneter, von 2001 bis 2005 Landesvorsitzender der PDS. Nach zwei Jahren als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke wurde er 2010 Wirtschaftsminister.

Seine Partei hat im Wahlprogramm sogar einen Ausstieg aus der Braunkohle festgeschrieben. „Wir wollen keine neuen Braunkohletagebaue“, heißt es da.¹⁹⁴ Doch als Wirtschaftsminister macht Christoffers genau das Gegenteil. „Brandenburg bleibt Schrittmacher der Energiewende in Deutschland“, sagt Christoffers und trommelt für die Braunkohle. „Die heimische Braunkohle ist als Brückentechnologie unverzichtbar.“¹⁹⁵

In zehn Jahren neigt sich die Laufzeit des Vattenfall-Kraftwerks Jämschwalde dem Ende zu. Ohne einen Neubau wird es keinen neuen Tagebau Jämschwalde-Nord geben, für den bereits die Planung läuft und für den drei Dörfer umgesiedelt werden

müssen. Wegen des langen Planungsvorlaufs muss jetzt eine Entscheidung gefällt werden. Zum Beispiel mit der „Energiestrategie 2030“, die Christoffers im Frühjahr 2012 vorlegte. Passend zu seiner energiepolitischen Grundeinstellung führte er mit dieser Strategie sein Land weg vom Energiewendekurs. „Die Landesregierung hält die Braunkohleverstromung so lange für notwendig, bis Deutschland seinen Strom sicher und zu bezahlbaren Preisen aus erneuerbarer Energie erhält“, sagte er.¹⁹⁶ Im Klartext heißt das: Ein neues Braunkohlekraftwerk am Standort Jämschwalde, neue Tagebaue in Welzow und Jämschwalde. Dafür nimmt Christoffers sogar die Abaggerung ganzer Dörfer in Kauf.

Mit der CCS-Technologie, dem unterirdischen Lagern von Kohlendioxid aus den Kraftwerksrauchgasen, will Christoffers die Braunkohle salonfähig machen: „Wer das energiepolitische Viereck – Preisstabilität, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Akzeptanz – beachten will, kommt an CCS und der weiteren Nutzung von Braunkohle nicht vorbei.“¹⁹⁷



Rolf Linsler

Linker Funktionär als Kohlespeerspitze

Geburtsjahr: 1942
 Partei: Die Linke
 Entscheidende Funktion: Landesvorsitzender der Linkspartei im Saarland
 Typ: Überzeugungstäter

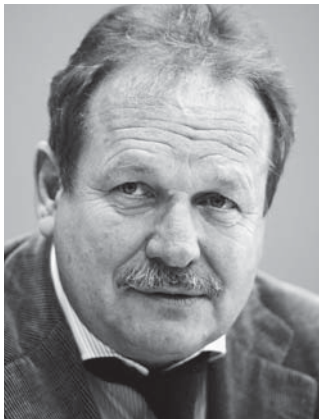
Rolf Linsler ist Landeschef der Linkspartei im Saarland. Seit 1972 SPD-Mitglied, wechselte er 2007 zur Linken. Auf dem Gründungsparteitag der saarländischen Linken im September 2007 wurde er zum Landesvorsitzenden gewählt. Seit 2009 ist er Mitglied im saarländischen Landtag und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Saarbrücken.

Neben seinen politischen Ämtern ist Linsler Aufsichtsrat bei den Stadtwerken Saarbrücken und bei der Stadtwerke Saarbrücken Beteiligungsgesellschaft.¹⁹⁸ Er hat ein Faible für die heimische Kohle. „Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss jetzt tatkräftig angegangen werden – und bis dies allein trägt, werden wir auf heimische Kohle angewiesen sein.“¹⁹⁹ Vor der Landtagswahl 2009 kündigte er eine neue Energiepolitik an: „Sie werde ... den Ausbau regenerativer Energiequellen fördern und gleichzeitig auf die Entwicklung einer umweltfreundlichen Technik mit fossilen Brennstoffen einschließlich der Kohle

setzen.“²⁰⁰ Denn: „Im Saarland sind noch Millionen Tonnen Kohle in der Erde, die man gefahrlos abbauen könnte. Ob man das einfach ungenutzt lassen soll, muss geprüft werden.“²⁰¹

Der Kraftwerksstandort Ens Dorf liegt ihm besonders am Herzen: „Wir im Saarland haben ein Kraftwerk in Ens Dorf, das derzeit in seiner Existenz bedroht ist, weil dafür für viel Geld Importkohle ins Saarland geschafft werden muss. Daran sieht man wieder deutlich: Der übereilte Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau war ein energiepolitischer Irrweg ...“^{202 203}

Es verwundert wenig, dass die Stadtwerke Saarbrücken einen Kooperationsvertrag mit VSE, dem Betreiber des Kraftwerks Ens Dorf, haben.²⁰⁴ Außerdem sind die Stadtwerke Teilhaber am Fernwärmeverbund Saar GmbH²⁰⁵ und damit Geschäftspartner vom Kraftwerk Ens Dorf, dessen Wärme der Verbund mit vermarktet.²⁰⁶



Frank Bsirske

Grüner Gewerkschafter im Aufsichtsrat bei RWE

Geburtsjahr: 1952
 Partei: Bündnis 90/Die Grünen
 Entscheidende Funktion: Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di
 Typ: Überzeugungstäter

„25.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, hier auf dem Potsdamer Platz: Das ist nicht nur ein beeindruckendes Bild, sondern auch ein klares Signal: Energieversorgung in Deutschland erhalten, das ist unser gemeinsames Anliegen.“ Dass Frank Bsirske demonstriert, ist nichts Ungewöhnliches. Ungewöhnlich ist, dass Bsirske gegen Klimaschutz demonstriert: Denn erstens ist der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di Parteimitglied der Bündnisgrünen. Zweitens ist Klimaschutz beste Mittelstandspolitik und wichtig für eine Dienstleistungsgewerkschaft. Trotzdem demonstrierte Bsirske 2007 gegen Klimaschutz und Emissionshandel.²⁰⁷

Bsirske möchte „für Braunkohle einen brennstoffbezogenen Zertifikate-Koeffizienten einführen“. Damit soll sie im europäischen Emissionshandel bessergestellt werden. Es sei „sinnvoll, heimischen Energieträgern Vorrang zu geben, um die Import-

abhängigkeit nicht noch weiter zu vergrößern“.²⁰⁸ Dabei ist die Braunkohle der klimaschädlichste Energieträger überhaupt. Auch gegen den rot-grünen Atomausstieg engagierte sich der Ver.di-Chef: Gemeinsam mit den vier großen Energiekonzernen EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall forderte Ver.di 2005 „Mehr Realismus in der Energie- und Umweltpolitik“.²⁰⁹

Gegen Bsirskes Engagement gab es heftigen Protest innerhalb der Gewerkschaft. Und immer wieder ein Zurückrudern des Gewerkschaftschefs. Seine Attacken werden aber beim Blick auf sein Einkommen verständlich. Bsirske ist Mitglied des Aufsichtsrates von RWE, was ihm immerhin 166.000 Euro im Jahr 2011 eingebracht hat.²¹⁰ Außerdem ist Bsirske Aufsichtsratsmitglied der Lufthansa. Auch die Fluglinie muss neuerdings Emissionszertifikate kaufen.²¹¹



Boris Palmer

Ein grüner Hoffnungsträger als Kohlekraftwerksbauer

Geburtsjahr: 1972
 Partei: Bündnis 90/Die Grünen
 Entscheidende Funktion: Bürgermeister von Tübingen
 Typ: Überzeugungstäter

Von März 2001 bis zum Mai 2007 war Boris Palmer Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg. Anfang 2007 wurde er Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Tübingen.²¹²

Palmer ist entgegen der bündnisgrünen Parteipolitik kohlefreundlich und befürwortete die Beteiligung der Stadtwerke Tübingen an einem geplanten Steinkohlekraftwerk in Brunsbüttel. „Wir können uns die ambitionierten Ökologieprojekte nur leisten, wenn wir auch von den Gewinnen im Strommarkt ein Stück abbekommen“, so Palmer. Gas als Brennstoff sei viel zu teuer. Und so kauften sich die Stadtwerke Tübingen in das Kohlekraftwerksprojekt Brunsbüttel (1.800 MW, Bauherr: Südweststrom) ein.²¹³

„Ein Rückfall in eine Dinosauriertechnologie“, wettete die grüne Landesvorsitzende Petra Selg. 2 Millionen Euro wollte Palmer in die Steinkohle investieren. Und vermieste damit den

baden-württembergischen Grünen den Protest gegen die Kohlekraftwerksprojekte in Mannheim (900 MW, Bauherr: GKM) und Karlsruhe (900 MW, Bauherr EnBW).²¹⁴

Erst im Sommer 2012 stiegen die Stadtwerke aus dem Projekt in Brunsbüttel aus. Doch nicht etwa aus ökologischen Gründen: „Die Politik entscheidet, welche Energien sich lohnen und welche nicht“, sagte Palmer. Wegen der Energiewende sei es „nicht mehr rentabel“, neue Kohlenmeiler zu bauen und zu betreiben.²¹⁵ Palmers Kohlepolitik hat die Stadt Tübingen sehr viel Geld gekostet: Die Stadt blieb auf den Planungskosten von „ein paar hunderttausend Euro“ sitzen.²¹⁶

Im Dezember 2012 wurde der einstige Hoffnungsträger der Grünen abgestraft und nicht wieder in den Parteirat gewählt.²¹⁷



Holger Krahmer

Vom Banker zum Klimaskeptiker im EU-Parlament

Geburtsjahr:	1970
Partei:	FDP
Entscheidende Funktion:	Europaabgeordneter
Typ:	Überzeugungstäter

Krahmer ist seit 1993 in der FDP und Mitglied im Landesvorstand Sachsen. 2004 wurde er als einziger ostdeutscher Liberaler ins Europäische Parlament gewählt, in dem er unter anderem Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Energie, Forschung und Industrie ist.

In Wissenschaft und Politik grassiere eine „Klimahysterie“, glaubt Krahmer. Die Berichte des Weltklimarates IPCC nennt er „politisch motivierte Übertreibungen“. Nach seiner Überzeugung sei erst „wenig“ über die Ursachen von Klimaveränderungen bekannt.²¹⁸ Im Jahr 2010 entstand unter seiner Federführung die Broschüre „Unbequeme Wahrheiten über die Klimapolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen“.²¹⁹ Darin behauptete er, dass die Solarkraft 2020 weniger als 1 Prozent des deutschen Strombedarfs decken könne. Das war schon damals gelogen. 2009 lag der Anteil bereits bei 1,1 Prozent, 2012 waren es 6 Prozent.²²⁰

2011 erschien Krahmers „Realitätscheck für den Klimaschutz – Globale Klimapolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit“.²²¹ Als eines seiner politischen Ziele nennt er „pragmatischen, ideologiefreien Umweltschutz“.²²² „Volkserziehung durch Umweltverbände“ will Krahmer verhindern.²²³

In seiner Funktion als Vorsitzender der FDP Leipzig macht sich Krahmer für die Braunkohle im mitteldeutschen Braunkohlerevier stark. Es sei ein Trugschluss zu glauben, dass man aus Kohle und Kernenergie aussteigen und trotzdem den Energiebedarf sichern könne, erklärt er: „Wir brauchen Klimaschutz mit Augenmaß“.²²⁴ In seinem Braunkohlekurs eifert er Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok nach, der vor Krahmer Vorsitzender der FDP in Leipzig war.²²⁵

Zur Bundestagswahl 2013 wird Krahmer als Direktkandidat in Leipzig antreten.

Namensregister

- Adamowitsch, Georg Wilhelm Seite 7
- Arentz, Hermann-Josef Seite 21
- Bas, Bärbel Seite 7
- Bischoff, Werner Seite 8
- Borghorst, Hermann Seite 8
- Bsirske, Frank Seite 30
- Budde, Katrin Seite 9
- Christoffers, Ralf Seite 29
- Clement, Wolfgang Seite 9
- Donnermeyer, Michael Seite 10
- Duin, Garrelt Seite 10
- Freese, Ulrich Seite 11
- Glante, Norbert Seite 11
- Golland, Gregor Seite 21
- Gräfingholt, Lothar Seite 22
- Gregor-Ness, Martina Seite 12
- Haseloff, Reiner Seite 22
- Hegemann, Lothar Seite 23
- Hempelmann, Rolf Seite 12
- Holzschuher, Ralf Seite 13
- Hombach, Bodo Seite 13
- Klinkert, Ulrich Seite 23
- Knauber, Rainer Seite 14
- Kraft, Hannelore Seite 14
- Krahmer, Holger Seite 31
- Krauß, Alexander Seite 24
- Lambertz, Johannes F. Seite 24
- Linsler, Rolf Seite 29
- Meiser, Klaus Seite 25
- Moron, Edgar Seite 15
- Müller, Hans-Peter Seite 15
- Müller, Hildegard Seite 25
- Müller, Werner Seite 16
- Oettinger, Günther Seite 26
- Palmer, Boris Seite 30
- Pfeiffer, Joachim Seite 26
- Platzek, Matthias Seite 16
- Poß, Joachim Seite 17
- Römer, Norbert Seite 17
- Schmoltdt, Hubertus Seite 18
- Semmler, Jochen Seite 27
- Tacke, Alfred Seite 18
- Tillich, Stanislaw Seite 27
- Vassiliadis, Michael Seite 19
- Widder, Gerhard Seite 19

Quellenverzeichnis

Georg Wilhelm Adamowitsch

- 1 https://lobbypedia.de/index.php/Georg_Adamowitsch
- 2 <http://www.rp-online.de/region-duesseldorf/hilden/nachrichten/bdquo-zweite-chance-fuer-vom-bovert-lldquo-1.897887>
- 3 Aktuelle Aufgaben der Strompolitik 83. Jahrgang, Heft 11, 2003, Seite 691 bis 704 Georg Wilhelm Adamowitsch, Gert Maichel, Dieter Schmitt
- 4 http://ec.europa.eu/energy/infrastructure/tent_e/doc/off_shore_wind/2011_annual_report_en.pdf
<http://www.mibrag.de/index.php?id=129#>
- 5 <http://www.verbaende.com/news.php?m=79287>

Bärbel Bas

- 6 <http://www.iz-klima.de/w/files/presse-fokus/100310-iz-klima-presse-fokus.pdf>
- 7 <http://www.stadtwerke-duisburg.de/unternehmen/organisationsstruktur.html>
- 8 http://www.steag.com/steag_home.html
- 9 <http://www.stadtwerke-konsortium.de/>
<http://www.stadtwerke-konsortium.de/das-stadtwerke-konsortium/die-kommunale-beteiligungsgesellschaft/>
<http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/steag-kauf-durch-stadtwerke-konsortium-rhein-ruhr-vollzogen-id4353694.html>
- 10 <http://www.rp-online.de/wirtschaft/unternehmen/im-naechsten-winter-drohen-blackouts-1.2928576>

Werner Bischoff

- 11 http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/abgeordnetendetail.jsp?k=01257
<http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de/spdinternet/www/startseite/Presse/Pressearchiv/AnzeigePressemitteilung.jsp?oid=6628>
<http://files.foes.de/de/downloads/studien/StudieFU-Berlin2.pdf>
[https://www.bdew.de/internet.nsf/id/D40E0481A33CCC22C1257A610050DD22/\\$file/BDEW%20Rechenbeispiel%20EEG-Umlage%202012%20bundeslandspezifisch.pdf](https://www.bdew.de/internet.nsf/id/D40E0481A33CCC22C1257A610050DD22/$file/BDEW%20Rechenbeispiel%20EEG-Umlage%202012%20bundeslandspezifisch.pdf)
<http://www.klima-luegendetektor.de/2012/11/07/nrw-waahnsinns-boom/>
- 12 <http://www.rwe.com/web/cms/de/701166/rwe/investor-relations/corporate-governance/aufsichtsrat/zum-lebenslauf/>
- 13 <http://rwecom.online-report.eu/2008/gb/unsereverantwortung/verguetungsbericht/verguetungesaufsichtsrats.html>
<http://www.rwe.com/web/cms/de/207260/rwe/investor-relations/corporate-governance/verguetung-vorstand-und-aufsichtsrat/verguetung-des-aufsichtsrats/>
- 14 <http://www.fair-news.de/pressemitteilung-100064.html>

Hermann Borghorst

- 15 http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Borghorst
- 16 PM_09.01.2012 WiL fordert klares Bekenntnis zur Zukunft der Braunkohle.pdf (90,8 kB)
PM_31.08.2011 Bund und Land Brandenburg lassen Lausitz im Stich.pdf (100,5 kB)

Katrin Budde

- 17 [http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=78&tx_exozetgovernment_deputy\[back\]=45&tx_exozetgovernment_deputy\[id\]=72&tx_exozetgovernment_deputy\[char\]=B&cHash=357eebef19](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=78&tx_exozetgovernment_deputy[back]=45&tx_exozetgovernment_deputy[id]=72&tx_exozetgovernment_deputy[char]=B&cHash=357eebef19)
- 18 <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/portraet-katrin-budde---machtbewusste-politikerin,20641266,17903396.html>
<http://www.spd-sachsen-anhalt.de/index.php/8-aktuelles/77-braunkohle-ist-brueckentechnologie-mit-wirtschaftlichen-effekten-vor-ort-fracking-und-ccs-lehnen-wir-ab>
- 19 <http://www.spd-burgenlandkreis.de/index.php?nr=2573&menu=1>
- 20 <http://www.katrin-budde.de/index.php/pressemitteilungen/16-2012/172-braunkohle-auf-absehbare-zeit-wichtiger-heimischer-energietraeger-langfristig-fokus-auf-stofflicher-verwertung-in-der-chemischen-industrie>

Wolfgang Clement

- 21 https://lobbypedia.de/index.php/Wolfgang_Clement
- 22 <http://www.sueddeutsche.de/politik/clements-kritik-an-der-spd-seiner-partei-fremd-geworden-1.534515>
- 23 <https://www.rwe.com/web/cms/de/580400/rwe-power-ag/unser-unternehmen/aufsichtsrat/>
- 24 <http://www.welt.de/politik/article1571459/Clement-warnt-vor-Wahl-von-Andrea-Ypsilanti.html>
- 25 <http://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/Kuratoren-und-Botschafter.html>

Michael Donnermeyer

- 26 <http://www.heise.de/tp/blogs/2/153102>
<http://www.taz.de/!104670/>
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wahlkampf-schroeders-wahlkampfma-nager-wird-steinbruecks-sprecher-11946168.html>
- 27 <http://www.presseportal.de/pm/67576/1036608/michael-donnermeyer-ueber-nimmt-geschaeftsfuehrung-iz-klima-gewinnt-profilieren>
- 28 <http://www.iz-klima.de/presse/pressemitteilungen/prognos-studie/>
- 29 <http://www.n-tv.de/politik/Linke-kritisiert-SPD-Personalie-article7620376.html>

Garret Duin

- 30 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-87347206.html>
http://m.aachen.ihk.de/produktmarken/innovation/Nachrichten/2124306/Rheinische_Braunkohle_als_Grundlage_fuer_Energiewende.html;jsessionid=D981091A9006A892E567B9295CA50BC8.rep1?view=mobile
- 31 <http://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article108347890/Strom-muss-bezahlbar-bleiben.html>
- 32 <http://www.vorwaertsbuchverlag.de/buecher/windm%C3%BChle-trifft-wirklichkeit> (Seite 26, 27)

Ulrich Freese

- 33 <http://www.igbce.de/igbce/organisation/ghv/10028/freese-lebenslauf>
- 34 <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2012-12/25500250-lausitzer-rundschau-igbce-vize-ulrich-freese-kandidiert-als-spd-direktkandidat-in-cottbus-spreng-ueber-den-bundestag-007.htm>
- 35 <http://corporate.vattenfall.de/de/vattenfall-europe.htm>
- 36 <http://corporate.vattenfall.de/de/vattenfall-europe-mining.htm>
- 37 <http://corporate.vattenfall.de/de/vattenfall-europe-generation.htm>
- 38 <http://www.lausitz.de/de/wirtschaftsregion/aktuelles/archiv/artikel-neuer-675-mw-kraftwerkblock-in-boxberg-geht-in-betrieb.html>

Norbert Glante

- 39 http://www.glante.eu/download/europabrief/eubr_maerz08.pdf
- 40 <http://www.glante.eu/presse3.php?id=122>
- 41 <http://www.glante.eu/presse3.php?id=126>
- 42 <http://www.europeanenergyforum.eu/members/active/all>

Martina Gregor-Ness

- 43 http://www.landtag.brandenburg.de/de/parlament/abgeordnete/gregor-ness_martina/395334?_referer=395889&_lang=de
- 44 <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/717693/>
- 45 <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/717635/>
- 46 <http://corporate.vattenfall.de/de/vattenfall-europe-mining.htm>
- 47 http://www.lausitzer-braunkohle.de/feld_welzow.php
- 48 <http://www.lebenswerte-lausitz.de/presse/lr20101125.pdf>

Rolf Hempelmann

- 49 <http://www.rolfhempelmann.de/html/-1/welcome/index.html>
- 50 <http://www.rolfhempelmann.de/meldungen/14923/97864/Subventionsfreien-Bergbau-nach-2018-ermoeglichen.html7>
- 51 <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=wu&dig=2007%2F04%2F20%2Fa0105&cHash=efca843a204f557133a821f6a07d814d>
http://www.zeit.de/2005/01/Kunst_des_Strippenziehens
http://www.solarserver.de/solarmagazin/interview_hempelmann.html
- 52 <http://www.rot-weiss-essen.de/splashscreen.html>
- 53 http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/Verflechtung_Energiewirtschaft_Politik.pdf
- 54 <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/wirtschaft/SPD-bekannt-sich-zu-Kohle-und-Gaskraftwerken;art2819,3721803#.USzwdze0r6g>

Ralf Holzschuher

- 55 <http://www.ralf-holzschuher.de/>
- 56 http://www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/13/pdf/130131-Eckpunkte_Industriepolitik.pdf
- 57 <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1097041>
- 58 <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/719827/>

Bodo Hombach

- 59 <http://www.i-r.de/>
- 60 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-79175765.html>
- 61 <http://www.bodo-hombach.de/zur-person/>
- 62 <http://www.seiten.faz-archiv.de/faz/19990317/f19990317bodhom-100.html>
- 63 <http://www.tagesspiegel.de/politik/schroeder-blair-papier/140694.html>

- 64 <http://www.i-r.de/2013/03/02/initiativkreis-ruhr-bestimmt-energiepolitische-positionen-gegen%C3%BCber-landesregierung-%E2%80%99Eneue-energie-f%C3%BCr-nordrhein-westfalen-und-das-ruhrgebiet%E2%80%9C/>

Rainer Knauber

- 65 <http://www.morgenpost.de/printarchiv/wirtschaft/article1567060/Wir-sind-Investoren-keine-Erpresser.html>
- 66 <http://www.taz.de/!37761/>
- 67 <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/akw-debatte-vattenfall-lobbyist-bringt-spd-in-bredouille/3217550.html>
- 68 <http://prreport.de/home/aktuell/article/6129-rainer-knauber-leitet-gasag-konzernkommunikation/>

Hannelore Kraft

- 69 <http://www.nrwspd.de/html/18737/welcome/Landesvorsitzende.html>
- 70 <http://www.braunkohle-forum.de/131-0-Die-Energiewende-darf-nicht-in-einer-Deindustrialisierung-enden.html>
- 71 <http://www.youtube.com/watch?v=9h7-EUJL1I> (bei Minute 7:10)

Edgar Moron

- 72 http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=01212
- 73 <http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de/spdinternet/www/startseite/Presse/Pressearchiv/AnzeigePressemitteilung.jsp?oid=6114>
- 74 http://www.wdr.de/landtagslupe/Abgeordnete/moron_edgar.php5?l=14&profilseite=nebentaetigkeiten
- 75 <http://www.energie-chronik.de/100118.htm>
- 76 <http://www.ruhrbarone.de/rag-bezahlt-politiker-zehntausende-furs-kekseessen/>

Hans-Peter Müller

- 77 <http://www.spd-datteln.de/personen/9711/41681/Hans-Peter-Mueller-MdL.html>
- 78 <http://www.derwesten.de/staedte/unser-vest/befuerworter-melden-sich-zu-wort-id7019523.html>
- 79 <http://www.spd-sennestadt.de/meldungen/12537/82401/Norbert-Roemer-und-Andr-Stinka-CDU-wollte-Kraftwerk-Datteln-zur-Industrieruine-machen.html>

Werner Müller

- 80 <http://www.rag-stiftung.de/rag-stiftung/vorstand/dr-werner-mueller/>
- 81 <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/mein-weg/werner-mueller-politmanager-ohne-kohle-1494197.html>
- 82 <http://corporate.evonik.de/de/unternehmen/management/aufsichtsrat/pages/default.aspx>
- 83 <http://www.rag-deutsche-steinkohle.de/index.php?siteID=954>
- 84 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ex-wirtschaftsminister-werner-mueller-wird-chef-der-rag-stiftung-a-865055.html>

Matthias Platzeck

- 85 <http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.375532.de>
- 86 <http://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/-Wir-stehen-erst-am-Anfang-der-Energiewende;art25,3582569>
- 87 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/atomausstieg-laender-entdecken-die-kohle-neu-a-757155.html>
- 88 <http://www.klima-luegendetektor.de/2008/03/04/matthias-platzeck-der-reis-und-klimaspezialist-der-spd/>
- 89 <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/8652-platzeck-lobbyarbeit-fuer-braunkohle>

Joachim Poß

- 90 http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/P/poss_joachim.html
- 91 <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/nrw-signalisiert-verhandlungsbe-reitschaft-1.2312899>
- 92 <http://www.joachim-poss.de/00presse/WKT-Nr33.pdf>

Norbert Römer

- 93 https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/2/Suche/Landtag_Intern/Suchergebnisse_Landtag_Intern.jsp?m=1&w=native%28%27%28RUBRIK+phrase+like+%27%27PORTR%C4T%27%27%29%27%29&order=native%28%27DATUM%2FDescend+%2C+SEITE2%2FAscend+%27%29&maxRows=50&view=detail
- 94 http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1/Abgeordnete/abgeordnetedetail.jsp?k=01505
- 95 <http://www.wemag.com/>
http://www.wemag.com/ueber_die_wemag/profil/energierechtliche_infos/
http://www.wemag.com/ueber_die_wemag/profil/daten_und_fakten/
- 96 <http://www.ruetgers-group.com/de>
- 97 <http://www.rag.de/index.php?siteID=650>

34 Greenpeace

- <http://www.rag.de/index.php?siteID=63&newsID=1475>
<http://blog.gruene-nrw.de/2010/02/01/30-000-euro-im-rag-regionalbeirat/>
98 <http://www.presseportal.de/pm/58972/2024922/nrz-nrw-spd-will-kohle-retten>
99 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-85586167.html>

Hubertus Schmoldt

- 100 <http://www.wiwo.de/koefpe-der-wirtschaft/hubertus-schmoldt/5287984.html>
101 <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/maechtigste/0,2828,245232,00.html>
102 <http://www.igbce.de/presse/pressearchiv/826/x-30-12-12-2006-schmoldt-kritisiert-eu-emissionspolitik?back=true>
103 <http://www.igbce.de/presse/pressearchiv/686/xi-08-20-02-2007-verschaerfungen-emissionshandel?back=true>
104 <http://www.igbce.de/presse/pressearchiv/698/xi-18-28-03-2007-wettbewerbsfaehigkeit-gefaehrdet?back=true>
105 <http://www.nealine.de/news/Politik/schmoldt-gegen-einsame-vorreiterrolle-deutschlands-bei-klimaschutz-1937721180.html>

Alfred Tacke

- 106 http://lobbypedia.de/index.php/Alfred_Tacke
107 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8785681.html>
108 <http://www.taz.de/1/archiv/archiv?dig=2005/01/22/a0180>
109 Durch eine sogenannte Ministererlaubnis kann eine Unternehmensübernahme trotz Ablehnung durch das Kartellamt doch noch erlaubt werden. Voraussetzung für eine Erlaubnis ist nach § 24 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB, „Kartellgesetz“), dass „die gesamtwirtschaftlichen Vorteile“ die Wettbewerbsbeschränkungen aufwiegen oder der Zusammenschluss durch ein „überragendes Interesse der Allgemeinheit“ gerechtfertigt ist.
110 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/e-on-ruhr-gas-herbe-kritik-an-der-ministererlaubnis-a-203810.html>
111 <https://www.munzinger.de/search/document?index=mol-00&id=00000022798&type=text/html&query.key=gYaPYCqk&template=/publikationen/personen/document.jsp&preview=>
112 http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061120_OTS0218/modernstes-steinkohlekraftwerk-in-deutschland-bundesumweltminister-gabriel-und-nrw-wirtschaftsministerin-thoben-legten-grundstein-in-duisburg-walsum
113 <http://kohle-protest.de/duisburg/>
114 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/klimaschutz-stromanbieter-droht-mit-investitionsverlagerung-a-455006.html>

Michael Vassiliadis

- 115 <http://www.igbce.de/igbce/organisation/ghv/10026/vassiliadis-lebenslauf>
116 <http://www.derwesten.de/wirtschaft/ig-bce-chef-michael-vassiliadis-mischt-in-chefetagen-mit-id7186283.html>
117 http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2011/07/2011-07-28-abschlussbericht-ethikkommission.pdf?__blob=publicationFile&v=4
118 <http://www.k-plus-s.com/de/aufsichtsrat/>
119 <http://www.henkel.de/ueber-henkel/aufsichtsrat-10072.htm>
120 http://www.basf.com/group/corporate/de_DE/about-basf/corporate-management/basf-se/index
121 <http://corporate.evonik.de/de/unternehmen/management/aufsichtsrat/pages/default.aspx>
122 <http://www.zeit.de/2011/14/Energiepolitik-Interview-Vassiliadis/seite-3>
123 <http://www.tagesspiegel.de/politik/interview-mit-michael-vassiliadis-bei-der-energie-wende-fehlt-ein-professionelles-management/7544410.html>
124 <http://www.zeit.de/2011/14/Energiepolitik-Interview-Vassiliadis/seite-2>

Gerhard Widder

- 125 <http://www.mvv-investor.de/investor/web/de/mvvinvestor/startebenemvvinvestor/startseite.jsp>
126 <http://www.gkm.de/unternehmen/struktur/aufsichtsrat/>
127 <http://www.morgenweb.de/mannheim/mannheim-stadt/bau-im-verzug-block-9-erst-2015-am-netz-1.180443>
128 <http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/061201.htm>
129 http://ver-und-entsorgung.verdi.de/energiwirtschaft/energiepolitik/demonstration_am_7_februar_2007_in_berlin/bericht_von_der_demonstration
130 <http://www.energie-und-management.de/free-archive/Freearchive/fe-View3/2364.html>

Hermann-Josef Arentz

- 131 <http://www.kas.de/wf/de/71.11921/>
132 <http://gerecht2010.wordpress.com/2011/11/27/mafiose-zustande-bei-strom-und-gas-teil-1/#more-481>
133 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-parteitag-der-tiefe-fall-des-hermann-josef-arentz-a-331286.html>

Gregor Golland

- 134 http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/abgeordnetedetail.jsp?k=01557
135 http://www.gregor-golland.de/media/NEWSLETTER/11_09_16_Landtag_Aktuell_30.pdf
136 <http://www.rundschau-online.de/rhein-erft/rwe-power-verlaesslichkeit-fuer-braunkohle-betont,15185500,15278522.html>
137 <http://www.rundschau-online.de/rhein-erft/cdu-kreispartei-vorsitzender-halbtags-in-diensten-von-rwe,15185500,15388254.html>

Lothar Gräfinholt

- 138 <http://www.kommunen-in-nrw.de/mitgliederbereich/mitteilungen/detailansicht/dokument/infrastruktur-kompetenz-fuer-kommunen.html?chash=da78d56bfd8aba72399cbb01ff2fa43>
139 http://www.anstageslicht.de/index.php?UP_ID=3&NAVZU_ID=46&STORY_ID=29&M_STORY_ID=156&B_STORY_ID=321
140 <http://www.presseportal.de/print/168734-studie-ueber-die-unternehmerfreundlichkeit-der-25-groessten-deutschen-staedte.html>
141 <http://kohle-protest.de/hamm/>

Reiner Haseloff

- 142 <http://www.ad-hoc-news.de/haseloff-braunkohle-garantie-bis-2050-als-tra-gende-saeule--/de/News/24161907>
143 http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/unternehmen-haseloff-sieht-braunkohle-als-saeule-der-energie-grundversorgung_aid_808399.html
144 <http://www.leuna-echo.de/unternehmen/dienstleistung/nachrichten/artikel/braunkohle-gipfel-tag-in-leuna.html>
145 <http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/8849-die-naechste-qbruecken-technologieq-braunkohle>

Lothar Hegemann

- 146 http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/abgeordnetedetail.jsp?k=01009
147 <http://www.rag-deutsche-steinkohle.de/medien/pdf/T-1150101685.pdf>
148 http://www.edumagazin.de/52300/Abg_Wendzinski_SPD_ist_der_Meinung_dass_das_Thema_durchaus_inoentent_richer_Sitzung.html
149 <http://www.cdu-ruhr.de/index.php?id=47&items=625>
150 <http://www.cdure.de/index.php?ka=1&ska=2&idn=42>

Ulrich Klinkert

- 151 <http://www.seiten.faz-archiv.de/faz/19940205/f19940205halkum2100.html>
152 http://www.niederlausitz-aktuell.de/artikel_3_13465.php
153 <http://cities.eurip.com/article/news/entry/52313.html>

Alexander Krauß

- 154 <http://www.alexander-krauss.com/presse.html>
155 <http://www.freipresse.de/LOKALES/ERZGEBIRGE/SCHWARZENBERG/Vorwuerfe-gegen-Krauss-Politiker-missbraucht-sein-politisches-Amt-artikel8252897.php>
156 <http://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/s%C3%A4chsische-landtagsabgeordnete-weisen-klima-appell->
157 <http://www.dieschwarzenseiten.info/pdf/DSS-2008-3.pdf>

Johannes F. Lambertz

- 158 <http://www.rwe.com/web/cms/de/3030/rwe-power-ag/unser-unternehmen/vorstand/dr-johannes-f-lambertz/>
159 <http://www.karrierefuehrer.de/prominente/interview-johannes-lambertz.html>
160 <http://www.presseportal.de/pm/42899/1270163/dr-johannes-f-lambertz-neuer-vorsitzender-der-bundesfachkommission-energiepolitik-des>
<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/12961-weg-mit-dem-einspeise-vorrang>
161 <http://www.debriv.de/pages/layout3sp.php?page=24>
162 <http://www.debriv.de/pages/mitglieder.php?page=23>
163 <http://www.ihk-nrw.de/node/280>

Klaus Meiser

- 164 <http://www.cdu-fraktion-saar.de/content/pages/meiser.htm>
http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/wirtschaft/CDU-Saarland-soll-Energie-und-Industrieland-bleiben;art2819,3494776#.US_oDVfAGSo
<http://www.openpr.de/news/153059/Pikant-und-spannend-Klaus-Meiser-hatte-Hausbesuch.html>
<http://www.rag-deutsche-steinkohle.de/index.php?siteID=530>
<http://www.cdu-fraktion-saar.de/content/messages/27751.htm>
165 <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/dlffmagazin/1420028/>
166 <http://www.magazin-forum.de/politik-muss-mut-haben/>

➔ **Kein Geld von Industrie und Staat**

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.